
SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9 nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechananschluß (0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fernmündlich zu erreichen.

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Ernst Beier</i>	
Wachwechsel – Kurswechsel – neue Akzente?	45
<i>Hans Peter Johannsen</i>	
Das Fazit: Bemühen um partnerschaftliches Denken	47
<i>Artur Thomsen</i>	
Die Grundlinien werden bleiben	51
<i>Joachim Oertel</i>	
Fünfundzwanzig Jahre Akademiearbeit in Sankelmark	56
<i>Dieter Wernich</i>	
Kultur und Politik im Bund deutscher Nordschleswiger	65
<i>Ekkehard Krüger</i>	
Ein neuer Anfang auf dem Knivsberg?	72
<i>Horst Schwarze</i>	
A. G. Nissen – heute wie jederzeit	76
<i>Erich Wegener</i>	
Der Vertrag von Ripen und seine historische Bedeutung	80
Umschau ab Seite 86	

EKKEHARD KRÜGER, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Geschichte, Kunstgeschichte, christlichen Archäologie und Gesellschaftswissenschaften; 1972 Promotion: „Die Schreib- und Malerwerkstatt der Abtei Helmarshausen bis in die Zeit Heinrichs des Löwen“ (3 Bde. Marburg und Darmstadt 1972); 1972-1976 Dozent an der Akademie Sankelmark; seit 1. 1. 1977 Leiter des Jugendhofs Knivsberg.

JOACHIM OERTEL; geb. 1925 in Danzig; nach Soldatenzeit und Gefangenschaft Studium in Berlin; von 1954-1957 Hauslehrer bei dem Grafen Plessen in Neustadt/Holst.; 1956-1958 Jugendbildungsreferent bei „Arbeit und Leben“, Hamburg; 1958-1959 Referent für staatsbürgerliche Bildung beim Landesverband der Volkshochschulen; ab 1960 Mitarbeiter in der Akademie Sankelmark; seit 1968 Direktor dieser Einrichtung.

JOHANN RUNGE, Dr. phil., Bibliothekslektor, Leiter der Studienabteilung der Dansk Zentralbibliothek for Sydslesvig in Flensburg.

HORST SCHWARZE, geb. 1906 in Dresden; Studium der Pädagogik und Literaturwissenschaft an der Technischen

Hochschule Dresden; Realschullehrer und Journalist; seit 1946 wohnhaft in Flensburg.

ERICH WEGENER, geb. 1922. Obwohl an Geschichte, historischen Abläufen und Ereignissen sehr interessiert, ist schriftstellerische Betätigung nur Nebentätigkeit geworden. Die besondere Aufmerksamkeit galt dem nordischen Raum. Beruf: Marine-Offizier.

DIETER WERNICH, geb. 1931 in Sonderburg; Besuch deutscher Schule bis 1945, dänischer Schule nach 1945; 1950/51 Kursus der Heimvolkshochschule Rendsburg; Englandaufenthalt; Besuch der Wissenschaftlichen Abendoberschule Hamburg; Studium an der PH in Flensburg; 1957/58 Lehrtätigkeit in Bojum/Angeln; seit 1958 Lehrer an der Ludwig-Andresen-Schule Tondern; seit 1967 Konrektor; Mitbegründer des Arbeitskreises Junger Nordschleswiger; 1969-1976 Vorsitzender des BdN-Ortsvereines Tondern; seit 1970 Kreis- bzw. Bezirksvorsitzender; seit 1970 Mitglied des Hauptvorstandes und des Geschäftsausschusses des BdN. 1970-1974 Vertreter der Schleswigschen Partei im Stadtrat Tondern; seit 1971 Stellvertretender Hauptvorsitzender des BdN.

Fotos Mitgliederversammlung 1977: W. Knittel, Husum

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Verkauf nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg

Geschäftsstelle: Osterende 46, 2250 Husum

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

HANS PETER JOHANNSEN EHRENVORSITZENDER DES GRENZFRIEDENSBUNDES

Dr. Hans Peter Johannsen, seit 1961 Erbträger von Landesdirektor Jens Nydahl im Amt des Grenzfriedensbund-Vorsitzenden, hat jetzt in der Mitgliederversammlung 1977 den Vorsitz auf eigenen Wunsch abgegeben. Zu seinem Nachfolger wurde der stellvertretende Flensburger Stadtpräsident Artur Thomsen (SPD) gewählt, der sich eindrucksvoll als deutscher Sozialdemokrat auf dem Boden der eigenen nationalen Identität zu dem partnerschaftlichen Denken bekannte, das der Leitfaden für das Handeln von Dr. Hans Peter Johannsen gewesen ist, der von der Versammlung gefeiert und zum Ehrenvorsitzenden des 1950 gegründeten Grenzfriedensbundes ernannt wurde.

Als Dr. Hans Peter Johannsen — ebenso wie sein Vorgänger Nordschleswiger — vor mehr als fünfzehn Jahren die Nachfolge antrat, setzte er die Tätigkeit von Jens Nydahl sowohl auf dem Gebiet der sozial- als auch der allgemein kulturpolitischen Arbeit fort und entwickelte über die von Nydahl sehr effektiv begonnenen Tagungen des Grenzfriedensbundes hinaus bis zur Herausgabe einschlägiger Bücher insbesondere die publizistische Seite des Grenzfriedensbundes. Neben den Grenzfriedensheften (mit dessen verdienstvollem Redakteur Ernst Beier) verdeutlichte 1970 die Herausgabe der d+d-Bücher die Linie der Arbeit, indem diese Bücher sowohl einen deutschen Beitrag im Kulturleben der schleswigschen Region darstellen als auch sichtbarer Ausdruck dafür sind, daß man „miteinander sprechen kann“, wie die gemeinsame Herausgeber-Tätigkeit von Dr. Hartwig Schlegelberger, Professor Troels Fink und Dr. H. P. Johannsen es bewies. Unter Mitwirkung von deutschen und dänischen Gymnasialdirektoren entstanden so auf Initiative des Grenzfriedensbundes wichtige Informationswerke wie „Tyskland, vor nabo mod syd“ (drei Auflagen!) und „Dänemark, unser Nachbar im Norden“, woran Dr. Hans Peter Johannsen als Sekretär der Herausgeber anerkannten Anteil hatte.

Vor allem die Grenzfriedenshefte nehmen einen so hohen wissenschaftlich-qualitativen Rang ein, daß man sich Geschichtsschreibung über die Ereignisse der letzten beiden Jahrzehnte im Grenzland ohne diese dokumentarische Quelle künftig kaum vorstellen kann.

Dr. Hans Peter Johannsen ist jedoch nicht nur ein Mann des Geistes gewesen, sondern zugleich ein pragmatischer Mann des Handelns: in der Verankerung des eigenen Volkstums fand er nicht nur die Kraft, um der Zielsetzung des Grenzfriedensbundes zu entsprechen, deutsche Kulturarbeit in europäischem Geiste zu leisten, sondern durch sein klares nationalpolitisches Bekenntnis wurde er auch von der „Gegenseite“ mit Respekt als Vermittler eines Dialogs zwischen Deutschen und Dänen in der schleswigschen Region anerkannt. Die „Flensburger Tage“, die das deutsch-dänische Gespräch wieder in Gang brachten, sind nicht zuletzt ein unschätzbare Werk von einer für das deutsch-dänische Grenzland geschichtlichen Dimension.

Die deutschen Nordschleswiger, die Dr. Hans Peter Johannsen nicht nur bei offiziellen Veranstaltungen, sondern vielmehr bei seinen zahlreichen Vorträgen im Rahmen des Bundes deutscher Nordschleswiger kennen- und schätzen gelernt haben, sind dem bisherigen Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes zu aufrichtigem Dank verpflichtet: auf seine künftige Mitarbeit kann nicht verzichtet werden, auch wenn Dr. Hans Peter Johannsen sich jetzt ins „zweite Glied“ zurückgezogen hat.

„Der Nordschleswiger“, 10. Mai 1977

Wachwechsel - Kurswechsel - neue Akzente?

Die Mitgliederversammlung 1977 des Grenzfriedensbundes

Wer nicht so genau hinschaute, konnte aus der konventionellen Tagesordnung der Mitgliederversammlung 1977 des Grenzfriedensbundes am 7. Mai im Handwerkervereinshaus Husum kaum entnehmen, daß sie sich aus dem üblichen Ablauf einer solchen besonders herausheben würde. Das Ausscheiden Dr. Hans Peter Johannsens aus dem sechzehn Jahre innegehabten Amt des Ersten Vorsitzenden und das Ausscheiden von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern, nämlich der Diplom-Bibliothekarin Martha Iwersen und des Ministers a. D. Wilhelm Käber, sollte als etwas Beiläufiges und ganz Normales erscheinen — was es zweifellos nicht war. Die zur Mitgliederversammlung wieder zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste empfanden es auch so: als eine Zäsur, als das Ende einer Epoche, in der der Name des Grenzfriedensbundes und der Dr. Johannsens in den Augen aller fast zu Synonymen geworden sind.

In großer Einmütigkeit wurden von der Mitgliederversammlung die notwendigen Regularien — Geschäftsbericht, Kassenbericht, Entlastung des Vorstandes usw. — abgewickelt, so daß genügend Zeit und Raum blieb für die personellen Dinge: Verabschiedung der ausscheidenden Vorstandsmitglieder und Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Dr. Johannsens verband mit seiner kurzen Erläuterung des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts den Dank an die ihr Amt aufgebenden Vorstandsmitglieder. Die Bilanz seines eigenen Wirkens brachte er auf die sehr vereinfachte und bescheidene Formel: partnerschaftliches Denken und Information.

Als Dank für seine erfolgreiche und verdienstvolle Leitung des Grenzfriedensbundes wählte ihn die Mitgliederversammlung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden in der Nachfolge Jens Nydahls.

Mit gleicher Einmütigkeit wurde Artur Thomsen, bisher schon Beisitzer im Vorstand, zu seinem Nachfolger gewählt, der sich mit seiner Laudatio für den neuen Ehrenvorsitzenden, Anmerkungen zu seiner eigenen Biographie und Darlegung seiner Zielvorstellungen der Mitgliederversammlung bekannt machte.

Vervollständigt wurde der Vorstand durch die Hinzuwahl von Realschuldirektor Hans Heinrich Beck, GEW-Vorsitzender im Kreis Schleswig-Flensburg, Karl-Heinz Lund, Organisationsleiter der AWE im Kreise Nordfriesland, und Walter Suck, Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Flensburg (bis 1976). Die nicht ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

In das Dankgefühl gegenüber dem ausgeschiedenen Ersten Vorsitzenden für

seine in eineinhalb Jahrzehnten geleistete Arbeit mischte sich bei den Teilnehmern der Mitgliederversammlung offensichtlich das Gefühl, in dem neuen Vorsitzenden einen guten Nachfolger gefunden und insgesamt eine gute Wahl getroffen zu haben.

Die Frage: Wachwechsel — Kurswechsel — neue Akzente? wird sich nach dem Verlauf der Mitgliederversammlung so beantworten lassen: Wachwechsel „ja“ — Kurswechsel „nein“, „die Grundlinien bleiben“ — neue Akzente „nein“, nur „Verlagerung der Gewichte“. So wird also trotz des Personenwechsels die Arbeit des Grenzfriedensbundes weitergehen!

Ernst Beier

Das Fazit: Bemühen um partnerschaftliches Denken

HANS PETER JOHANNSEN *verabschiedete sich als 1. Vorsitzender*

An sich ist es ja kein besonderes Ereignis, wenn jemand für das Amt des Vorsitzenden nicht mehr kandidiert, richtiger könnte man sagen, es sei ein notwendiges Ereignis, denn jünger ist man nicht geworden, wenn man wie ich ein solches Amt sechzehn Jahre innehatte. Seit 1950, d. h. seit dem Gründungstage des Grenzfriedensbundes, bin ich, durch das Vertrauen der Mitglieder bestimmt, Mitglied unseres Vorstandes und seit 1961 Vorsitzender gewesen, und dafür möchte ich zuerst Ihnen, liebe Mitglieder, danken, für dieses Ihr Vertrauen.

*

Wenn ich meinen persönlichen und beruflichen Lebensgang recht bedenke, dann muß ich feststellen, daß manches von dem, was ich zum kulturellen und heimatpolitischen Gespräch in unserer Region beizutragen versucht habe, nicht ohne die Möglichkeiten, die mir der Grenzfriedensbund gab, Realität hätte werden können.

Ich erinnere mich noch sehr deutlich, daß unser unvergessener erster Vorsitzender Jens Nydahl sich kurz vor der Gründung des Bundes mit der Frage an mich wandte, ob ich an der Arbeit der neu zu gründenden Organisation teilnehmen wolle. Ich weiß auch, daß ich sofort meine Bereitschaft erklärte, daß ich das deutliche Gefühl hatte, daß man mit diesem Plan einer deutschen Sozial- und Kulturarbeit bei gleichzeitiger Kontaktnahme mit gesprächsbereiten dänischen Nachbarn absolut Neues wollte. Und ich erinnere mich ebenfalls, daß die anklingenden Motive auch mich schon zuvor, wenn sicher noch unklar, beschäftigt hatten.

Ich darf und will hier heute weder die Geschichte des Grenzfriedensbundes erzählen, noch seine Zielsetzung analysieren. Auch beabsichtige ich nicht, einen Rechenschaftsbericht zu geben, das geschah ja jährlich. Ich habe nur den Wunsch, Ihnen allen und insbesondere den Vorstandsmitgliedern für eine ungemein harmonische Zusammenarbeit zu danken. Von den Vorstandsmitgliedern des Gründungsjahres sind nur noch Ernst Beier, Ernst Harms und ich dabei. Ernst Beier ist nach wie vor der verdienstvolle Redakteur unserer Grenzfriedenshefte, Herr Harms ist aus formalen Gründen vor Jahren aus dem Vorstand ausgeschieden, ob Vorstandsmitglied oder nicht — er wurde eine Institution bei uns.

Lieber Ernst Beier, lieber Ernst Harms, was der Alltag im Grenzfriedensbund heißt und was all das bedeutet, was unser Freund Harro Marquardsen die Kleinarbeit nannte, das wissen, so glaube ich, wir drei am besten. Es wäre erheblich schwerer

gewesen, Vorsitzender zu sein, wenn Sie beide nicht dabeigewesen wären. Den Beisitzern, Oberbürgermeister Adler, Frau Martha Iwersen, Minister a. D. Käber, Heinz Schlüter, Gerhard Schulz, Artur Thomsen und Helmut Wrensch danke ich ebenso herzlich dafür, daß sie so intensiv an allen unseren Aktivitäten teilnahmen und so kritisch und so kameradschaftlich zugleich die Arbeit des Vorsitzenden und der Geschäftsstelle unterstützten.

*

Da mit mir auch Herr Käber und Frau Iwersen aus dem Vorstand scheiden, sei es mir erlaubt, diese beiden Namen zu unterstreichen: Herr Käber nahm als damaliger Minister auf Landesebene mit seinen politischen Freunden — und hier vor allem mit Nydahl, Schenck und Diekmann — an den Überlegungen zur Gründung teil. Dies geschah in der Erkenntnis, daß man mit der neuen Organisation nicht nur das Echo für die Kieler Erklärung zu vertiefen wünschte, sondern auch, weil man vor allem große Teile der Grenzlandbevölkerung, die der Grenzlandproblematik fern standen und sie oft auch anders sahen, als man es allgemein zwischen den Kriegen getan hatte, ins Gespräch ziehen wollte, und natürlich, weil man auf allen Ebenen nach innen und nach außen die verlorengegangenen Gleichgewichte im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben wiederherzustellen wünschte. Daß dieser Plan einer deutschen, das Soziale wie das Kulturelle gleich bedenkenden Organisation ein sehr konstruktiver Plan war, hat die Praxis bewiesen. Das war von den Gründern und nicht zuletzt auch von Wilhelm Käber, dem Praktiker, gewollt, und seit Ende der sechziger Jahre wurde uns Wilhelm Käber ein tatkräftiger Berater und Freund im Vorstand. Frau Iwersen darf ich an dieser Stelle besonders nennen, weil sie zu jenen Stillen im Lande gehört, die mit echtem und tiefem Engagement an allem, was Heimat heißt, mitarbeitet und an der Stelle, wo sie im Berufsleben steht, sorgfältig Stein auf Stein, d. h. Katalogkarte auf Katalogkarte in der großen Bücherei in Flensburg legte, ganz besonders in der schleswig-holsteinischen Abteilung, was ich als ihr früherer Chef dankbar hier notiere.

*

Ich danke Ihnen allen, liebe Freunde im Vorstand, daß Sie es stets gelassen ertrugen, wenn wieder einmal etwas Neues zur Debatte stand, und immer bereit waren, diesem Neuen zur Verwirklichung zu verhelfen. Unser Vorstand war in diesen 27 Jahren mehr als ein Vorstand, er war eine echte Arbeitsgemeinschaft, und dies nicht zuletzt dank drei seiner Mitglieder, die nicht mehr unter uns weilen: Jens Nydahl, Detlef Hansen und Walter Lurgenstein.

Detlef Hansen, der im Historischen, Religiösen und Politischen gleich grüblerische Mensch, verkörperte die eine Seite der deutschen Nordschleswiger, Jens Nydahl, der früh und unerschütterlich in einer politischen Partei Festgelegte, der die besten Gedanken dieser Partei mit seinem natürlichen deutschen Empfinden vereinigte,

verkörperte die pragmatische Seite seiner Landsleute, die dem politischen Handeln zugewandte. Walter Lurgenstein trug die besten Traditionen seiner politischen Überzeugungen besonders in unsere soziale Arbeit hinein. Wenn ich all unsere Gespräche in unserem Kreise bedenke, die Planungen und die Verwirklichungen miteinander vergleiche, dann versuche ich, etwas System in die Gedanken zu bringen, und das bedeutet, daß in diesem Augenblick nicht nur von Personen, sondern auch von Sachen, und zwar von politischen Sachen zu sprechen ist.

Wenn ich das Leben der von 1900 bis 1910 geborenen Generation in der schleswigschen Region in seinem grenzpolitischen Ablauf überblicke, dann stelle ich fest, daß die Angehörigen dieser Generation drei historisch-politische Phasen durchlebt und durchlitten haben, wobei sie meistens mehr Objekt als Subjekt waren.

Phase 1: Die Zeit vor 1914 war die Zeit einer Politik des wie du mir, so ich dir. Der lupenreine Nationalstaat wollte sich durchsetzen, das Pathos bestimmte mehr als die Ethik das staatliche Leben.

Phase 2: In der Zwischenkriegszeit beeinflussten die europäischen Minderheitenprobleme auch die große Politik, die auch auf diesem Gebiet oft eine Politik des do ut des war. Dem Versuch, neue Ziele zu setzen, gab der deutsche Außenminister Stresemann bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Worten Ausdruck, die in allen Lesebüchern der Nation sinnvoll ihren Platz fänden, wenn er sagte: „Aber das kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationale Höchstleistung gegeneinanderkehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen.“

Phase 3: Die Zeit nach 1945. Vielleicht könnte man die Zeit, in der wir stehen, als die Bemühung um ein partnerschaftliches Denken charakterisieren.

*

In dieser Bemühung steht auch der Grenzfriedensbund, indem er zu seinem Teile an der Vertiefung der politischen Gedanken und Konsequenzen der Kieler und der Bonn-Kopenhagener Erklärungen mitarbeitet. Der Sinn dieser Erklärungen liegt in ihrem politisch-sittlichen Ziel, eine partnerschaftliche Form der menschlichen und kulturellen Begegnungen herbeizuführen. Der Grenzfriedensbund strebt diesen Zielen aus einem vernünftigen deutschen Selbstverständnis in Achtung vor den Auffassungen anderer zu. Seine Handwerkszeuge sind die Hilfestellungen für sozial schwächere Mitbürger, sind die Tagungen, die er veranstaltet, sind die Grenzfriedenshefte und die in Verbindung mit dem Deutschen Grenzverein herausgebrachten d + d-Bücher. Dabei fand er Echo auf beiden Seiten der Grenze und in beiden nationalen Lagern.

Besonders vermerkte er die Zustimmung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Die Resonanz, die wir auf dänischer Seite fanden, war

vielschichtig, erfaßte mehr Einzelpersonen als Organisationen, und für den Kenner ist es nicht verwunderlich, daß sie hier stärker und da schwächer zu spüren war. Es besteht Veranlassung, an dieser Stelle auch dem Universitätsprofessor und späteren Generalkonsul Dr. Troels Fink für sein Interesse an unserer Arbeit, für manchen guten landsmannschaftlichen Rat und insbesondere für die Mitarbeit bei der Herausgabe der d + d-Bücher zu danken.

Auf den Tagungen wurde hart debattiert, ich denke an die große Auseinandersetzung zwischen Georg Buchreitz und Heinz Dähnhardt, als man die berühmte Stecknadel fallen hören konnte. Unsere Zeitschrift gab Platz für viele kontroverse Meinungen, aber die Zeitschrift und die Tagungen bewirkten, daß die Bereitschaft nie abriß, sondern stärker wurde. Das gilt auch für die Planung und vor allem für die Autoren der d + d-Bücher, die sowohl in der Sache, die sie behandeln, als auch in den Lebensbildern, die sie bringen, darüber Auskunft geben, wie man in den sechziger Jahren an dieser Grenze die prinzipiellen Fragen des politischen Lebens betrachtete. Und hier besteht Veranlassung, dem Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins, Herrn Minister a. D. Dr. Schlegelberger für die Bereitschaft zur Kooperation unserer beiden Verbände nicht nur im Falle der d + d-Bände, sondern auch weit darüber hinaus zu danken.

*

Grenzverbände befinden sich heute etwas im Gegenwind, worauf ich hier nicht eingehen will. Nach meiner Erfahrung, die sich immerhin auf eine Beobachtung von mehr als vierzig Jahren stützt, muß es sie geben. Die deutschen Grenzverbände im Landesteil Schleswig sind keine Bittsteller, sondern tragen zur Verwirklichung eines reichen kulturellen und politischen Lebens in unserer Heimat im Geiste unserer Zeit bei. Das deutsch-dänische Verhältnis hat sich verbessert, aber noch sind nicht alle Hypotheken der Geschichte abgetragen. Partnerschaft und Information sind zwei wichtige Stichworte. Wenn sie die Praxis des Grenzfriedensbundes nach innen und außen bestimmen, dann wird er seiner schönsten Aufgabe, das Leben hier zu Lande anregend und mit Inspiration zu gestalten, gerecht.

Die Grundlinien werden bleiben

ARTUR THOMSEN *stellte sich als neuer Vorsitzender vor*

Die Neuwahl des Vorstandes war in dieser Jahreshauptversammlung satzungsgemäß notwendig. Personen auszuwechseln war der Sache nach nicht notwendig; denn es ist keine Kritik an der Arbeit der ausscheidenden Vorstandsmitglieder laut geworden. Sie hatten den Wunsch auszuscheiden, weil es persönliche Gründe dafür gab; und wir alle haben diesen Wunsch respektiert. Herr Dr. Johannsen hat bereits Frau Iwersen und Herrn Käber für ihre Mitarbeit gedankt und ihre Leistungen gewürdigt. Ich will mich seinen Worten nur anschließen und für die Kollegialität und die gute Atmosphäre Dank sagen, die beide immer um sich verbreitet haben. Es stünde um manche Einrichtung unseres öffentlichen Lebens besser, wenn mehr Leute in verantwortlichen Positionen diese Eigenschaften besäßen und diese Einstellung hätten. Dr. Johannsen hat daher dem bisherigen Vorstand aus dem Herzen gesprochen, als er Frau Iwersen und Herrn Käber auf seine Weise mit seinen Worten verabschiedet hat.

*

Nun ist noch zu dem scheidenden Ersten Vorsitzenden etwas zu sagen. Das wird sicher nüchterner und trockener, als er es selbst zu formulieren vermöchte, aber es ist nicht weniger herzlich gemeint, und es wird aus dem Gefühl der Freundschaft gesprochen, der Freundschaft zu einem Mann, der in seinem Leben in diesem Grenzland Bedeutendes geleistet hat und der für den Grenzfriedensbund als Vorsitzender ein Glücksfall war.

Als Nachfolger Jens Nydahls ist Dr. Johannsen 1961 Vorsitzender geworden. Das ist jetzt sechzehn Jahre her. Er ist also achtmal gewählt worden. Und er wäre auch jetzt, davon bin ich überzeugt, wiedergewählt worden, wenn er es nur gewollt hätte. Er hat unser aller Vertrauen. In einer Organisation, die von ihrer Gründung und von ihren Gründern her sozialdemokratische Wurzeln hat, konnte Dr. Johannsen seinen ganz persönlichen Führungsstil entwickeln, ohne sich selbst parteipolitisch zu binden und ohne in Konflikt mit Vorstand und Mitgliedschaft zu geraten. Das ist seinem persönlichen Format zu danken. Das Sozialdemokratische am Grenzfriedensbund — ich meine damit nichts Parteigebundenes, sondern etwas Soziales und Demokratisches, das man als Grundhaltung seinen Mitmenschen gegenüber haben kann — ist unter seiner Führung nicht untergegangen; es ist auch nicht geschwächt worden. Eingbracht aber hat Dr. Johannsen seine fast unerschöpflichen Kenntnisse der Kultur und der Geschichte beider Völker in diesem Land. Seine Reden, seine Vorträge, seine Aufsätze und Bücher verrieten nicht nur, daß er alles kennt, was hier literarisch

von Belang ist, sondern sie hatten auch selbst literarischen Rang. Er kennt zudem alle Menschen nördlich und südlich der Grenze, die irgendwo eine Rolle spielen; und ich glaube, es gibt niemanden, mit dem er sich je gestritten hätte oder der ihm gram gewesen wäre. Im Gegenteil: Seine unnachahmliche Höflichkeit, Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit versetzten ihn in die Lage, jeden für sich selbst und für die Sache, die er vertrat, zu gewinnen. Von diesen Eigenschaften hat der Grenzfriedensbund großen Nutzen gehabt. Manches Referat in unseren Hauptversammlungen wäre nie im Grenzfriedensbund gehalten worden, mancher Artikel wäre nie in den Grenzfriedensheften erschienen, wenn nicht Dr. Johannsen persönliche Verbindungen zu den oft namhaften Referenten und Autoren gehabt hätte, die er für uns gewinnen konnte.

In die Reihe dieser namhaften Referenten und Autoren müssen wir ihn aber auch selbst einreihen. Kann man sich die grenzpolitische Diskussion der letzten Jahrzehnte ohne den Beitrag Hans Peter Johannsens vorstellen? Kann man sich auch nur ein Grenzfriedensheft ohne einen Artikel von ihm denken? Ja, der Rang dieser Hefte im geistigen Leben des Grenzlandes und ihre Existenz hängen ganz weitgehend von ihm ab. (Ich übersehe dabei nicht den Anteil Ernst Beiers; aber darüber brauche ich heute nicht zu reden, weil er, Gott sei Dank, im Vorstand bleibt.)

Zu einer Würdigung der Arbeit unseres Vorsitzenden gehört ferner die Erwähnung seiner Aufmerksamkeit allen grenzpolitischen Fragen, Problemen und Veranstaltungen gegenüber. Er ist hingefahren, wo sich etwas ereignete; er hat Stellung genommen, wenn Probleme zu klären waren; er hat den Grenzfriedensbund immer und überall nicht nur vertreten, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung auch bekanntgemacht.

Für das, was ich hier vorgetragen habe, und auch für all das, was ich weggelassen habe, das heißt, für die ganze Arbeit, die Sie, Herr Dr. Johannsen, für den Grenzfriedensbund geleistet haben, danken wir, die Mitglieder, Ihnen von ganzem Herzen. Und es ist für mich ein bewegender Augenblick, Ihnen diesen Dank im Namen aller aussprechen zu dürfen. Der Mitgliederversammlung aber, die als Jahreshauptversammlung unser höchstes beschlußfähiges Organ ist, trage ich einen Geschäftsordnungsantrag vor, und ich bitte, ohne Diskussion darüber abzustimmen. Ich beantrage nämlich im Namen des Vorstandes, den bisherigen Vorsitzenden Dr. Hans Peter Johannsen zum Ehrenvorsitzenden des Grenzfriedensbundes zu wählen.

Das Wahlergebnis — Einstimmigkeit — und der Beifall zeigen Ihnen, was wir von Ihnen halten. Das ist, wie Sie sehen, nicht ganz wenig. Natürlich ist auch ein kleiner Hintergedanke dabei: Bei Ehrenvorsitzenden pflegen Vorsitzende und Vorstände sich Rat zu holen, so oft sie Rat brauchen. Wir lassen Sie also nicht ganz frei. Aber der Vorstand war der Meinung, daß Dr. Johannsen mit dieser

Ehrung neben seinen Vorgänger, den Landesdirektor Jens Nydahl, gestellt werden soll, dem der Grenzfriedensbund ebenfalls viel zu danken hat. Wir freuen uns, daß Sie diesem Gedanken so einhellig zugestimmt haben. Nun brauche ich nur noch ein kleines Abschiedsgeschenk zu überreichen, das äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung sein und das Ihnen helfen soll, in der gewonnenen Zeit Ihrem Hobby, dem Fotografieren, nachzugehen. Es ist ein Teleobjektiv.

*

Nun ist es jedoch an der Zeit, daß ich mich Ihnen vorstelle, damit Sie wissen, wen Sie zum neuen Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes gewählt haben.

Ich bin nicht in Tingleff, sondern südlich der Grenze, nämlich in Harrisleefeld geboren und im Norden der Stadt Flensburg aufgewachsen, wo die Werftarbeiter und die Straßenbahner, zu denen mein Vater gehörte, wohnen. Ich bin in der Nazizeit groß geworden und in der Hitlerjugend aktiv gewesen und stand mit achtzehn Jahren, als der Krieg vorbei war, vor den Trümmern eines Weltbildes, das ich bis dahin für gut und dauerhaft gehalten hatte. Ich mußte ganz neu und ganz von vorn beginnen, persönlich, beruflich und politisch. Die neu gegründeten Parteien betrachtete ich mit Skepsis und Zurückhaltung; aber ich besuchte jede interessante politische Veranstaltung. Der attraktiven Werbung der dänischen Seite widerstand ich ebensowohl aus Trotz wie aus Überzeugung. Aber die Gewißheit, daß man für sich Stellung beziehen und daß man sich mit Menschen, die sich zum dänischen Volkstum bekennen, auseinandersetzen muß, entstand auch in dieser Zeit. Beruflich bin ich sieben Jahre im Handwerk tätig gewesen, ehe ich Lehrer wurde. Seit dreizehn Jahren bin ich Rektor, seit neun Jahren in einer Hauptschule in Flensburg. Meine Frau habe ich geheiratet, noch ehe ich das Kostgeld für eine Familie verdienen konnte. Das ist jetzt fast 26 Jahre her; aber sie gefällt mir noch ebensogut wie am ersten Tag.

Meine politische Tätigkeit begann mit gewerkschaftlicher Aktivität. Ich war einige Jahre Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Flensburg. Vor elf Jahren wurde ich als Sozialdemokrat Mitglied der Flensburger Ratsversammlung. Vier Jahre lang war ich Stadtpräsident. Seit 1974 bin ich wieder Stellvertreter in diesem Amt, das ich z. Z. allerdings voll wahrnehmen muß, weil der Amtsinhaber erkrankt ist. Ich bin außerdem Mitglied der Vorstände des Deutschen Grenzvereins, der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig und der Arbeiter-Wohlfahrt in Flensburg. Das ist schon alles, was in der gebotenen Kürze über die abgelaufenen fünfzig Jahre meines Lebens gesagt werden kann.

*

Wie es dem Grenzfriedensbund ergehen wird, wenn ich Vorsitzender bin, weiß ich noch nicht. Aber es gibt selbst in dieser gerafften Darstellung meines bisherigen Lebens einige Hinweise auf Überzeugungen, die ich gewonnen habe und daher

vertrete, die mein Handeln bestimmen und die ich gewiß nicht aufgeben werde. Das ist das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und mein politisches Engagement in der Sozialdemokratie. Es ist auch die Erfahrung, die ich als Kommunalpolitiker gemacht habe, daß nämlich das Zusammenleben zweier Völker in diesem Lande nördlich und südlich der Grenze ein Vorteil für beide, ja ein Reichtum und ein Segen für alle sein kann, wenn wir es verstehen, die Kräfte wirksam und fruchtbar werden zu lassen, die es in beiden Völkern und Kulturen gibt. Da der Grenzfriedensbund ein deutscher Grenzverband ist und ich mich selbst dem deutschen Bevölkerungsteil zurechne, werde ich als Vorsitzender also das Bekenntnis zum deutschen Volkstum fördern, wo es geht. Das kann unter Umständen auch dadurch geschehen, daß ich Gelegenheit schaffe, dänisches Volkstum kennen- und verstehen zu lernen. Da ich Sozialdemokrat bin und der Grenzfriedensbund sozialdemokratische Wurzeln hat, werde ich mich in meiner grenzpolitischen Arbeit gern auch an den Teil der Bevölkerung wenden, der nicht nur materielle, sondern auch Orientierungshilfen braucht, um das Dasein über die Alltagsbeschwerden hinaus zu erhöhen und das Leben reicher zu machen. Unsere Sozialarbeit hat von Anfang an zum Ziel gehabt, Hilfe zum Deutschbleiben zu geben. Das war in den Anfangsjahren des Grenzfriedensbundes besonders nötig; aber es ist bis heute gewiß nicht überflüssig geworden. Unsere *Kulturarbeit* sollte m. E. auf dasselbe Ziel ausgerichtet sein, sollte also sich in erster Linie an dieselbe Bevölkerungsgruppe wenden wie die Sozialarbeit. Das ist gewiß keine Kritik an der Arbeit meines Vorgängers. Was ich davon halte, habe ich vorhin gesagt, und ich kann ihn in vielen seiner Leistungen nie erreichen. Eine Akzentverschiebung ist jedoch bei jedem Personenwechsel unvermeidlich. Ich hoffe zuversichtlich, daß niemand darin Zeichen für einen Kurswechsel zu entdecken glaubt; aber so, wie Johannsen und Nydahl sicherlich verschiedene Erfahrungen und Überzeugungen hatten, so wird es auch bei Thomsen und Johannsen sein. Das soll es heißen. Ich will die Grundlinien der Arbeit meines Vorgängers übernehmen und fortführen:

1. Gezielte Sozialhilfen dort, wo es andere Hilfen nicht gibt; dabei Zusammenarbeit mit der Arbeiter-Wohlfahrt.
2. Darstellung des Grenzfriedensbundes in Wort und in Schrift, damit diese Stimme im Grenzland auch in Zukunft gehört wird.
3. Herausgabe der Grenzfriedenshefte, auf die wir uns ein bißchen einbilden, weil viele sie für lesenswert halten.

Auch ich bin der Meinung, wie Folketingsabgeordneter Jes Schmidt es formuliert hat, daß die Gestaltung der Nachbarschaft zweier Völker in unserem Land eine ständige Aufgabe ist, und daß wir uns dieser Aufgabe stellen sollten. Im übrigen gibt es eine Satzung und einen Vorstand, der demokratisch Beschlüsse faßt und die Richtung bestimmt.

Das alles sind nur Andeutungen, ich weiß es. Klare Konturen oder gar ein festes Arbeitsprogramm liegen noch nicht vor. Das wird der Vorstand erarbeiten. Ich wollte Ihnen nur erklären, mit welchen Vorsätzen ich nach Herkunft und Neigung an diese Arbeit herangehe, und bitte Sie, damit für heute zufrieden zu sein. Für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl zum Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes erwiesen haben, danke ich Ihnen. Ich will versuchen, Sie nicht zu enttäuschen. Ich hoffe dabei, daß alle, die Freunde des Grenzfriedensbund sind, seine Freunde bleiben; denn ich werde auf Freundschaft und Mitarbeit angewiesen sein.

Fünfundzwanzig Jahre Akademiearbeit in Sankelmark

Vor fünfundzwanzig Jahren, am 29. Juni 1952, nahm die Akademie Sankelmark als jüngste Einrichtung des Deutschen Grenzvereins für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig ihre Arbeit auf. In diesem Zeitraum sind rund 100 000 Menschen aus Schleswig-Holstein, dem Bundesgebiet und aus dem Ausland ihre Gäste gewesen, eine Zahl, die sich all diejenigen, die an der Entstehung dieser Institution beteiligt waren, kaum vorgestellt haben werden.

Welche Vorstellungen bestanden bei den Gründern über den Auftrag dieses Hauses, welche Erwartungen wurden von ihnen mit der Aufnahme der Arbeit verbunden?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns an die Situation im Landesteil Schleswig, in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik — rund sechs Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges — erinnern. Es war die Zeit, in der die Menschen damit beschäftigt waren, die schlimmsten Folgen des Krieges zu beseitigen. Dazu gehörten die Beschaffung von Arbeitsplätzen, von Wohnraum und die Integration von Hunderttausenden von Vertriebenen und Flüchtlingen. Dazu gehörte es aber auch, neue Werte zu gewinnen als verbindlichen Maßstab für das Handeln in Familie, Beruf und Öffentlichkeit.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in diesem Landesteil eine stark angewachsene dänische Minderheit, die vielfältige Impulse auch in einem wertorientierten Sinne von jenseits der Grenze aus Dänemark erhielt und dadurch den Deutschen sinnfällig vor Augen führte, worauf es ankam: sich selbst um eine wertgebundene Orientierung zu bemühen; denn die Bevölkerung dieses Landesteiles stand in einer kulturellen Auseinandersetzung, in der es darum ging, sich einzeln und als Gruppe zu behaupten, ohne zurückzufallen in nationalistisches Denken und Handeln, und sich offenzuhalten für neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in einem geeinten Europa.

In dieser Situation — die hier nur mit wenigen kurzen Strichen skizziert werden kann — entsteht die Idee, ein Haus zu bauen, in dem die Menschen dieses Raumes Gelegenheit haben sollten, über ihre Probleme zu sprechen, neue Maßstäbe zu entwickeln und nach Lösungen zu suchen. Für die Initiatoren war die Aufgabenstellung zum Zeitpunkt der Grundsteinlegung des Hauses offen. Das zeigen Einladung und Programm zu dieser Feier am 17. Juni 1951.

Während es in der Einladung des Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins und

Landrates des Kreises Flensburg, Friedrich Wilhelm Lübke, heißt: „Der Vorstand des Deutschen Grenzvereins für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig e. V. gibt sich die Ehre, Herrn ... zur Grundsteinlegung der ‚Grenzhochschule Sankelmark‘ ... einzuladen“, steht im Programm, das den Gästen bei der Feier überreicht wird, lediglich „Programm zur Grundsteinlegung Sankelmark...“ ohne einen Hinweis auf die Funktion, die dieser Einrichtung zugedacht ist.

In der Gründungsurkunde formulierten Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Ministerpräsident Dr. Walter Bertram und der Vorsitzende des Deutschen Grenzvereins und Landrat Friedrich Wilhelm Lübke den Auftrag, der diesem Hause an der deutsch-dänischen Grenze zugedacht ist:

„Unter dem ersten Kanzler der ‚Bundesrepublik Deutschland‘ Dr. Konrad Adenauer, unter dem Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein Dr. Walter Bertram und unter dem Vorsitzenden des ‚Deutschen Grenzvereins für Kulturarbeit im Landesteil Schleswig‘ Landrat Friedrich Wilhelm Lübke, Augaard, wurde am 17. Juni 1951 der Grundstein zu diesem Gebäude gelegt. Damit ist der seit langem von dem ‚Deutschen Grenzverein‘ gehegte Plan verwirklicht, die ‚Grenzakademie Sankelmark‘ zu errichten. Sie steht auf dem für die Geschichte Schleswig-Holsteins durch das Gefecht bei Oeversee am 6. 2.1864 erinnerungsreichen Gelände am Sankelmarker See. Das Gebäude wurde entworfen von Regierungsbaurat Dr. Vaupel.

Die Grenzakademie soll in freier geistiger, politischer und kultureller Auseinandersetzung dazu beitragen, die schleswigsche Grenzfrage einer friedlichen und gerechten Lösung zuzuführen und soll darüber hinaus die Brücke sein zu einer echten Verständigung der Völker. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Schleswig-Holstein unterstützen den ‚Deutschen Grenzverein‘ bei der Entstehung dieses Bauwerkes. Möge immer der Geist der Wahrheit und der politischen Lauterkeit in diesem Hause walten und das Werk dadurch gerechtfertigt werden.“

*

Von Leitern und Mitarbeitern der Akademie wurde die Erfüllung eines hohen Anspruches erwartet. Zu diesem frühen Zeitpunkt wurden Forderungen erhoben, die heute, fünfundzwanzig Jahre später, in gleicher Weise gestellt werden können. Nicht regionale Engstirnigkeit, nationalistische Ressentiments oder Grenzkampfidologien sollen Ziel und Inhalt der Arbeit dieses Hauses bestimmen, sondern die Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Grenze hinweg. Die Wahl des Namens für diese neue Einrichtung macht deutlich, wie ernst die Verbindung von regionalen, nationalen und europäischen Gedanken für Friedrich Wilhelm Lübke und seine Mitarbeiter gemeint war:

„Was soll nun der helle Klang und der schwingende Rhythmus dieses Namens besagen? Nomen est omen, ‚Name ist Schicksal‘, und so ist denn diese

Namensgebung gemeint als eine schicksalshafte Bestimmung und Aufgabe. Es ist vieles in diesem Namen zusammengezogen. Die Bodenverbundenheit des Namens ‚Sankelmark‘, ein urtümlicher Klang der Landschaft, ist verbunden mit dem Wort ‚Grenze‘, einem politischen Begriff, der für unser Land seit langem geschichtsbestimmend ist. Zwischen dem Wort der Bodenverbundenheit ‚Sankelmark‘ und dem Wort der Politik ‚Grenze‘ steht der Begriff ‚Akademie‘. Das mag manchem wie ein fremdartiges Einsprengsel tönen, und doch liegt ein tiefer Sinn darin, daß gerade dieses Wort zwischen dem geschichtlichen Begriff Grenze und der landschaftlichen Bezeichnung steht. Zwischen Geschichte und Heimat schiebt sich mit dem Worte ‚Akademie‘ ein Begriff, der vor mehr als 2000 Jahren an der Wiege der abendländischen Kultur im griechischen Athen entstand und das geistige Gesicht Europas durch Jahrhunderte mit geformt hat. Es war der griechische Philosoph Plato, der mit seinen Schülern in Vortrag und Gespräch, aufmunternd und richtunggebend, im Garten des Akademos wandelnd, der Erforschung der Wahrheit nachging. Freilich ist dann dieser geistesgeschichtliche Begriff im Laufe der Jahrhunderte erstarrt und entwertet. Was nannte sich nicht alles ‚Akademie‘, und wie erstarrte nicht gerade in diesen erstarrten Akademien und Hochschulen der Standesdünkel des Akademikers. Aber seinem Ursprünge nach hat das Wort ‚Akademie‘ mit falschem Standesbewußtsein und sozialer Verengung nichts zu tun, und daß man diesen Begriff wieder davon befreien kann, zeigen etwa die ‚Evangelischen Akademien‘, die in freiem und offenem Gespräch zwischen Menschen aller Stände und Klassen und Bildungsgrade wieder auf der Suche nach menschlicher Bindung und Wahrheit sind.

In diesem Sinne haben wir es gewagt, mit dem landschaftlichen Klang ‚Sankelmark‘ und dem politischen Begriff ‚Grenze‘ das Wort ‚Akademie‘ zu verbinden, und so einen begrifflichen Dreiklang geschaffen aus Heimat und Boden, Geschichte und Politik und abendländischem Kulturdenken und -empfinden. Wer das Wort ‚Akademie‘ so versteht, wie es heute wieder an vielen Stellen neuen Sinn gewinnt, der wird mir glauben, daß wir mit der ‚Grenzakademie Sankelmark‘ hier an dieser Stelle nicht eine Hochschule für Grenzpolitik errichten wollen, deren Aufgabe es wäre, eine einseitige Grenzlehre zu entwickeln und zu verbreiten. Hier an dieser Stelle soll sich vielmehr offenen Sinnes ein Fragen und Suchen erheben, das zum Verständnis der Grenzfrage unserer Heimat Schleswig-Holstein und unseres Vaterlandes Deutschland innerhalb der Völkergemeinschaft führen soll ...“.

*

Am 29. Juni 1952 wird die Akademie eingeweiht. Für Leiter und Mitarbeiter kommt es nun darauf an, all die Vorstellungen über Ziele und Aufgaben, die seit den ersten flüchtigen Überlegungen für die Errichtung dieses Hauses, in der konkreten Bauplanung und Durchführung sowie programmatischen Erklärungen bei der

Grundsteinlegung angestellt worden waren, in die Praxis umzusetzen. In seiner Einweihungsrede macht Friedrich Wilhelm Lübke deutlich, daß die Akademie ihren Auftrag wesentlich von ihrer geographischen Lage im Grenzland erhält:

„Ein Grenzland ist seiner Natur nach ein Land der Spannung. Ich sehe hierin keinen Nachteil, sondern im Gegenteil etwas Positives, denn Spannungen erzeugen Energie, und wir wollen diese Energie, die über dem schleswigschen Land liegt, nutzen, um in der Grenzakademie Sankelmark die Begegnungen und Auseinandersetzungen mit den nördlichen Nachbarn zu einem Erfolg werden zu lassen.“

*

Die heutige Bedeutung Sankelmarks und sein guter Ruf im In- und Ausland — auch in Dänemark — beruht wesentlich darauf, daß diese ursprünglichen Überlegungen Leitmotiv für die Arbeit in diesem Vierteljahrhundert waren und geblieben sind. Neben den speziellen Aufgaben, die der Akademie aus ihrer Lage an der deutsch-dänischen Grenze übertragen worden sind, hat sie ihre Funktion immer auch darin gesehen, sich mit politisch-gesellschaftlichen Problemen in Schleswig-Holstein, in der Bundesrepublik, mit Fragen der Ost-West-Auseinandersetzung, der europäischen Einigung und anderer wesentlicher weltweiter Probleme auseinanderzusetzen, um so bei den Teilnehmern ihrer Veranstaltungen Bereitschaft und Fähigkeit zu entwickeln und zu fördern, die Probleme im kommunalen, staatlichen und zwischenstaatlichen Bereich zu erkennen und an Lösungen mitzuwirken.

In den zurückliegenden fünfundzwanzig Jahren hat es verständlicherweise Akzentverschiebungen gegeben; nicht etwa dadurch, daß modischen Trends gefolgt wurde, sondern weil es galt, sich neuen Herausforderungen zu stellen und zu versuchen, auf diese zu antworten. Im Rückblick lassen sich Phasen unterscheiden, die durch unterschiedliche Akzentsetzung gekennzeichnet sind, die aber auch die Kontinuität im Auftrag sichtbar machen.

1952-1954

In diesen ersten beiden Jahren steht die Beschäftigung mit den Problemen des Grenzraumes im Mittelpunkt. Der Akademie geht es darum, den Teilnehmern ihrer Tagungen dabei zu helfen, ihre Situation realistisch zu erkennen und zu beurteilen sowie neue Maßstäbe zu gewinnen, die ihr Denken und Handeln bestimmen und damit auch die zukünftige politische und kulturelle Entwicklung in diesem Raume. Es geht mit darum, gegen politische und kulturelle Einflüsse, die aus dem Norden kommen, zu immunisieren und damit zur Stabilisierung beizutragen.

Es ist verständlich, wenn in diesem ersten Arbeitsabschnitt der Schwerpunkt der Themen um Begriffe wie „Heimat, Vaterland, Volk, Geschichte und Grenze“ kreist. Aber neben diesen Bemühungen, die mehr ein Tasten und Suchen sind als

Sicherheit vermittelnde Anweisungen, stehen die ersten Versuche, diese Begrenzung durch eine Ausweitung der Themenwahl zu sprengen und damit Teilnehmer auch über den Landesteil Schleswig hinaus zu gewinnen. Die Einbeziehung von Teilnehmern aus dem Landesteil Holstein und auch anderen Bundesländern sowie die Wahl von Themen, die nationale, europäische und weltweite Fragestellungen zum Gegenstand der Auseinandersetzung machen, entspringt schon damals der Einsicht, daß die Lösung der Probleme in diesem Grenzland nur in einer weltoffenen Atmosphäre gelingen kann, die Erkenntnis- und Entwicklungsmöglichkeiten nicht verbaut.

1955-1962

Neben Themen, die sich mit Fragen des Landesteiles, des Grenzraumes und der deutschen Minderheit in Nordschleswig beschäftigen, treten immer stärker diejenigen, die sich mit der politisch-gesellschaftlichen Situation und Entwicklung in Deutschland und Europa befassen. Verständlicherweise hat diese Akzentverschiebung auch eine Änderung der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises zur Folge. Es wächst die Zahl der Teilnehmer aus Holstein, und hier insbesondere aus den größeren Städten.

In diesem Arbeitsabschnitt beginnt die systematische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und die Beschäftigung mit Theorie und Praxis des Weltkommunismus, bei der das Ziel nie darin bestand, zu einer blinden, emotional gesteuerten Ablehnung zu führen, sondern zur Bereitschaft und Fähigkeit zu rationaler Auseinandersetzung mit diesem Gesellschaftssystem. In diesem Entwicklungsabschnitt findet die erste deutsch-skandinavische Sommerschule statt, eine Veranstaltung, die insbesondere skandinavischen Deutschlehrern Gelegenheit geben soll, sich mit deutscher Kultur und der politischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland vertraut zu machen. Die vierzehntägige Veranstaltung, die zur Hälfte in Sankelmark, zur anderen in Berlin stattfindet, wird seitdem jährlich durchgeführt und erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

1962-1967

Der folgende Zeitabschnitt ist gekennzeichnet durch die Weiterführung der Arbeit für den Landesteil, den Grenzraum und darin eingeschlossen die Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Veranstaltungen, die der Auseinandersetzung mit Problemen der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland dienen, nehmen einen immer größeren Zeitraum ein. Das Interesse der Teilnehmer richtet sich immer stärker auf die innenpolitische Szene in der Bundesrepublik, wobei die Frage nach der Verwirklichung des im Grundgesetz geforderten Sozialstaates im Mittelpunkt steht. In dem Ausmaße, in dem die innenpolitische Situation und Entwicklung in

der Bundesrepublik und damit auch das Auftreten rechtsradikaler Gruppierungen, wie etwa der NPD, zum Gegenstand der Beschäftigung wird, gewinnt die Frage nach Ziel, Inhalt, Methoden und vor allem nach der Wirksamkeit politischer Bildung im außerschulischen Bereich an Bedeutung. In diese Zeit fällt auch ein Ereignis, das von der Öffentlichkeit kaum registriert wird, das aber für die Akademie und ihre Bemühungen um die Zusammenarbeit mit unseren nördlichen Nachbarn unter Einschluß der deutschen Minderheit in Nordschleswig als Ausdruck eines veränderten Klimas gewertet werden muß: Zum ersten Mal tritt bei einer Tagung des Bundes deutscher Nordschleswiger ein Däne als Referent auf. Dafür ausschlaggebend ist die Einsicht, auf beiden Seiten der Grenze vor gleichen Herausforderungen zu stehen, die ähnliche — in vielen Fällen gemeinsame — Antworten erfordern und damit das Gemeinsame stärker in den Vordergrund stellen als das Trennende.

Weil in dieser Zeit die europäischen Einigungsbemühungen stagnieren, geht es der Akademie Sankelmark darum, mit ihren Möglichkeiten die Entwicklung auf die europäische Einigung hin weiter voranzutreiben. Diesem Ziel dienen Veranstaltungen mit Teilnehmern aus Skandinavien, aber auch aus anderen europäischen Ländern. Viele Veranstaltungen, die in diesem Zeitraum zum ersten Mal geplant und durchgeführt werden, werden zu ständigen Einrichtungen, die sich jährlich wiederholen. Dazu gehören u. a. deutsch-englische, deutschfranzösische und deutsch-dänische Lehrerkonferenzen.

In diesen Jahren entwickelt die Akademie eine intensive Außenarbeit im Landesteil Schleswig, in deren Mittelpunkt die Einführung, Erprobung und Durchführung von Dorfseminaren steht, eine Arbeitsform, die der Bevölkerung unseres Landes Gelegenheit geben soll, sich mit politisch-gesellschaftlichen Fragen unter Beteiligung von Fachleuten zu beschäftigen, um so das eigene Urteilsvermögen zu schärfen und Wege der Mitwirkung in Politik und Gesellschaft zu erkennen und zu nutzen.

1968-1977

Von 1968 bis heute wurde die Arbeit im Sinne des ursprünglichen Auftrages fortgesetzt. Da es jedoch dem Selbstverständnis von Akademiearbeit entspricht, auf politisch-gesellschaftliche Herausforderungen zu antworten, ergaben sich bei aller Kontinuität der Arbeit wiederum neue Akzentsetzungen.

Die Rebellion junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und die Auseinandersetzung mit ihren Vorstellungen und ihrer Kritik an den Verhältnissen in unserem Lande führte dazu, die innenpolitische Situation zu thematisieren und noch stärker als früher die Interessen und Probleme der Teilnehmer selbst in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Das hatte zur Folge, daß neben einer inhaltlichen Akzentverschiebung die Frage nach den Lehr- und Lernzielen und nach den

Methoden eine neue, herausgehobene Bedeutung finden, eine Erfahrung, die Mitarbeiter an allen Bildungsstätten in dieser Zeit machen. Die Arbeit wird schwieriger. Sie verlangt von jedem Mitarbeiter höhere Einsatzbereitschaft, Sensibilität für die Probleme der Teilnehmer, Ideenreichtum, Innovationsfreudigkeit, aber auch politische Standfestigkeit, gerade wenn es darum geht, die parlamentarische Demokratie offensiv zu verteidigen.

Niemals zuvor hat es eine Zeit gegeben, in der so hart um politische und didaktische Positionen gerungen wurde und auch heute noch gerungen wird. Den pädagogischen Mitarbeitern wird bewußter, daß die Setzung von Lernzielen in der politischen Bildung immer auch eine Entscheidung ist auf dem Hintergrund eines bestimmten Menschen-, Geschichts- und Gesellschaftsbildes. Hier mußte sich die Akademie stellen und sich als Ort begreifen und darstellen, an dem es möglich sein mußte, Probleme, die in der Öffentlichkeit von kontroversen Standpunkten her diskutiert wurden und werden, aufzunehmen, um sie mit den Teilnehmern ohne Furcht vor Sanktionen zu bearbeiten. Dies wurde und wird in dem Maße wichtiger, in dem die Polarisierung politischer Standpunkte in der Bundesrepublik Deutschland zunimmt, die Auseinandersetzungen in Parteien durch Flügelkämpfe erschwert und in und außerhalb von Parteien politisch Andersdenkende häufig nicht mehr als politische Gegner, sondern als Feinde gesehen werden.

*

Im Verlaufe der Arbeit haben sich in Wahrnehmung und unter Berücksichtigung der Teilnehmerinteressen einerseits und der Zielvorstellungen der Akademie andererseits Tagungsformen unterschiedlicher Art entwickelt und bewährt, die parallel oder aber im Wechsel in der Woche oder aber an Wochenenden durchgeführt werden. So gibt es Tagungen, die dem Teilnehmer Orientierungshilfe in einer ständig komplizierteren und unüberschaubareren Welt anbieten. Dabei geht es darum, von aktuellen, den Teilnehmer betreffenden Anlässen ausgehend, politisch-gesellschaftliche Erscheinungen auf ihre Entstehung und Entwicklung hin zu untersuchen und auf ihre Bedeutung in der Gegenwart und für die Zukunft zu befragen. Unter diesem Gesichtspunkt beschäftigen wir uns ebenso mit geistigen Strömungen, die unsere Zeit beeinflussen, als auch mit Strukturproblemen von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen bis hin zum Vergleich gesellschaftlicher Systeme.

Daneben gibt es Tagungen, durch die den Teilnehmern Hilfe für die Bewältigung von ganz praktischen Problemen angeboten wird, die in Ehe, in Familie, im Beruf, nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oder aber als alleinstehender älterer Mensch auftreten können. Gerade in diesem Bereich haben sich Seminarreihen entwickelt, weil sich zeigte, daß die Lösung von so schwierigen Problemen mehr Zeit erfordert, als an einem Wochenende zur Verfügung steht. Bei der dritten Form von Tagungen handelt es sich um Veranstaltungen, die

besonders in den letzten Jahren zahlenmäßig zugenommen haben und bei denen es darum geht, Vertreter unterschiedlicher Bereiche der Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung, und hier wiederum Vertreter einzelner Richtungen aus diesen Bereichen zusammenzuführen, um Informationen auszutauschen, über Lösungen konkreter Probleme nachzudenken, die nur unter Mitwirkung von Vertretern aus all diesen Bereichen entwickelt werden können, und Vorschläge gemeinsam auszuarbeiten. Die Ergebnisse dieser Überlegungen fließen ein in Entscheidungen auf kommunaler oder staatlicher Ebene. So hat die Akademie mit diesen Tagungen Hilfe leisten können u. a. für die Denkmalpflege, die Stadtplanung und -Sanierung, den Bereich Kunst am Bau und den Natur- und Landschaftsschutz in unserem Lande.

Schließlich werden in der Akademie Fachkonferenzen durchgeführt, in denen es um Erfahrungsaustausch sowie um die Klärung praktischer Probleme auf nationaler oder internationaler Ebene geht. In diesen Bereich gehören die deutsch-dänischen Schulbuchkonferenzen, bei denen es um die Erarbeitung und Herausgabe deutsch-dänischer Quellenhefte zur neueren Geschichte geht, hierzu gehören Konferenzen deutscher und dänischer Sozialpolitiker, Verwaltungsfachleute aus dem Gesundheitswesen und Mediziner, die z. B. an Fragen über Krankenhausplanung und Probleme psychiatrischer Behandlung arbeiten. Im Frühjahr dieses Jahres trafen sich Vertreter der Bundeswehr und des öffentlichen Büchereiwesens zu einer Fachkonferenz, um über Möglichkeiten der Verbesserung der Truppenbüchereien zu beraten.

*

Die Ansprüche von Teilnehmern und die der Akademie können bei zunehmender Spezialisierung und Differenzierung nur dann erfüllt werden, wenn neben den hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern eine sehr viel größere Zahl von nebenamtlichen Mitarbeitern in unserem Hause mitwirkt. Dabei handelt es sich um Persönlichkeiten aus dem Bereich der Hoch- und Fachschulen, der Parteien und Verbände, der Verwaltung, der Justiz, der Kultur, der Wirtschaft und der Massenmedien. Aus den Gesprächen mit ihnen im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von Seminaren ergeben sich vielfältige Anregungen, die wiederum Ausgangspunkt für neue Vorhaben werden. So lebt die Akademie von ständigen Gesprächen mit den Teilnehmern, mit den nebenamtlichen Mitarbeitern und mit Persönlichkeiten, die auf allen Ebenen politische Verantwortung tragen. So wird sie zu einem Umschlagplatz von Gedanken und Ideen, die, in Veranstaltungen umgesetzt, auf die Öffentlichkeit zurückwirken. Diese Funktion des gleichberechtigten Nehmens und Gebens und die Offenheit und Aufgeschlossenheit, in der dieser Austausch stattfindet, sind es wohl, die eine Atmosphäre schaffen, die als wohltuend und sehr häufig als „Sankelmarker Atmosphäre“ bezeichnet wird.

Dafür, daß Sankelmark sich so entwickelt hat und seinen guten Ruf hat begründen können, waren zwei Bedingungen mitentscheidend:

Ein Vereinsvorstand, der seine Aufgabe gegenüber der Akademie primär darin sah und sieht, die äußeren Rahmenbedingungen zu schaffen und zu erhalten, die Leitern und Mitarbeitern der Akademie den Raum gaben und geben, der für die Erfüllung des Auftrages erforderlich ist: „ ... in freier geistiger, politischer und kultureller Auseinandersetzung dazu bei (zu) tragen, die schleswigsche Grenzfrage einer friedlichen und gerechten Lösung zuzuführen, und ... darüber hinaus die Brücke (zu) sein zu einer echten Verständigung der Völker“, und Landes- und Bundesregierungen, die in diesen 25 Jahren erhebliche Mittel für die Arbeit zur Verfügung gestellt haben, ohne damit Auflagen zu verbinden, die die Freiheit der Arbeit hätten einschränken können. So hat Sankelmark mit Unterstützung von Land und Bund seine Aufgabe weitgehend selbst finden, entwickeln und erfüllen können und ist damit in seiner Arbeit lebendiger Ausdruck freiheitlicher Gesinnung in unserem Gemeinwesen.

Kultur und Politik im Bund deutscher Nordschleswiger

Aus einem Referat des stellvertretenden BdN-Hauptvorsitzenden in der Akademie Sankelmark

Die wichtigste Voraussetzung für die Existenz unserer Volksgruppe, unsere kulturelle Arbeit, soll hier Gegenstand kritischer Durchleuchtung sein. Ich meine, daß eine Art Bestandsaufnahme unserer praktischen kulturellen Arbeit dringend nötig ist und daß wir uns für die Zukunft auch um neue Wege und Möglichkeiten bemühen sollten.

„Was ist eigentlich Kultur?“ ist natürlich die erste Frage. Wir alle wissen, daß die Auffassung über Kultur in den verschiedenen Zeitabläufen unterschiedlich war und daß die Meinung der Denker hier auch auseinandergingen.

Am häufigsten findet man die Definition „Verbessernde Pflege“ oder „Gesamtheit der Lebensäußerungen von Menschen oder Menschengruppen in Lebenshaltung, Gesittung, Wissenschaft, Kunst, Religion“.

Paul de la Garde sagt so: „Kultur ist die Gesamtheit des irdischen Materials, des dauernd erworbenen Könnens und der fest gewonnenen Einsicht früherer Zeiten, mit welcher die Menschheit, die Nationen, die einzelnen arbeiten.“

Kultur ist also kein fester Begriff. Kultur ist im Grunde ein Tun, ein Pflegen, ein Umgehen, ein Umsetzen anderer feststehender Werte. Kultur ist also immer im Wandel begriffen, sonst wäre eine Gruppe, die diese Kultur vertritt, geistig tot. Kultur ist also kein Wert an sich, sondern ein Tun, in welchem man, falls man z. B. religiös eingestellt ist, höhere, aufs Absolute ausgerichtete Werte pflegen kann. Bei der Frage kommt es mehr darauf an, wie man etwas tut. Hinzu kommt, daß man Kultur nach Aussage der meisten Denker, die sich damit beschäftigt haben, nicht alleine, als einzelner, pflegen kann, sondern daß die Gemeinschaft dazugehört.

So sagt Paul de la Garde: „Kultur ist kein Ideal für einen einzelnen und ebensowenig ein Ideal für ein Volk: Dem Einzelnen und der ganzen Nation Kultur als Ideal empfehlen, heißt beiden gestatten, ohne Ideal zu sein. Der einzelne wird sein Leben lang die Pflicht haben, anderen zu dienen, wo er kann. Und diese dienende Liebe ist eines der Mittel, durch welche er sich bildet.“

Es spielt hier also die mitmenschliche, soziale Komponente die große Rolle. Erst in der mitmenschlichen Gemeinschaft ist man in der Lage, die entsprechenden Formen der „Pflege“ zu gewinnen. Ebenso prägen diese Formen dann den

Menschen wieder in seinem Einzelverhalten.

*

Gibt es nun eine speziell deutsche und dänische Kultur? Wie wir wissen, können wir diese Frage mit „ja“ beantworten, schon von der Sprache her bedingt. Aber sicher auch durch gemeinsame Geschichte, Schicksalsbedingtheit und das, was man die typische „Mentalität“ nennt. Auf die meiner Meinung nach erwiesene Wechselwirkung beider Kulturen möchte ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen.

Hier sei nur noch einmal vermerkt, daß ich meine, daß Kultur kein fester, statischer Begriff oder gar Wert ist. So ist man nicht von vornherein in eine feste Kultur hineingewachsen oder gar geboren. Hier im Grenzland schon gar nicht. Natürlich werden wir kulturell von unserem Elternhaus, der Schule, Freunden, der Umgebung und vor allen Dingen dem Erleben in der Jugend geprägt. Aber eine Entscheidung zur kulturellen Zugehörigkeit im Grenzland fällen wir zu einem bestimmten Zeitpunkt in unserem Leben doch sicher selbst. Sind wir im Grenzland nicht überhaupt mehr oder weniger von zwei Kulturen geprägt? Ich glaube schon. Nur meine ich, daß wir uns eben früher oder später doch zu *einer* Kulturgemeinschaft entschließen müssen. Spätestens wird diese Entscheidung bei der Einschulung unserer Kinder verlangt. Nur glaube ich, daß man diese Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe und damit des selbständigen Weitergebens der Kultur an die neue Generation (sprich Anmeldung der Kinder in die deutsche Schule) nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit ansehen darf. Die Verpflichtung aus seiner Tradition und sogenannter Verantwortung der älteren Generation oder den Vorfahren gegenüber wird zumindest von der Jugend sehr stark in Frage gestellt. Tradition allein genügt nicht. Wir müssen unser Gemeinschaftsleben innerhalb der Gruppe so attraktiv machen, d. h., dann auch unser kulturelles Angebot so vielseitig breit und anziehend machen, daß die jungen Menschen nicht nur aus Verpflichtung, sondern von selbst, aus eigenem Willen und aus eigener Entscheidung zu uns kommen. Dazu gehört unser gesamtes Gemeinschaftswesen — unsere kulturelle Arbeit, Schularbeit und Möglichkeiten der Zweisprachigkeit inklusive.

Interessant ist, daß die Dänen den Begriff Kultur sehr viel weiter fassen, als wir es tun oder es zumindest in der Vergangenheit getan haben. Hier gehört z. B. die Pflege des Sportlichen, ja der ganze Komplex, den wir als Zivilisation bezeichnen, mit dazu. Beim Dänen ist Kultur und Zivilisation eines — von der Literatur bis zu den täglichen Umgangsformen. Zu den Betreuungsaufgaben eines kommunalen „Kulturudvalgs“ gehören außer Schule und Hochkultur Sportbetrieb, Parkanlagen, Jugendherberge, „Knallertbane“ usw.

Interessant, daß unser Kulturausschuß umgetauft werden mußte in „Ausschuß für Kultur und Unterhaltung“. Begründung: Tanzkursus und Großveranstaltungen

hätten, „i gitt“, ja nicht unbedingt etwas mit Kultur zu tun.

Interessant, daß die Dänen uns auch so einschätzen. Bemerkung eines Hochschullehrers: „I forstår under kultur jo kun højkultur.“ Ein Rundfunkreporter: „For jer er det jo kun sådan noget med Goethe og Schiller.“ — Ich: „Så, så, vi har dog også moderne „folkelige“ digtere.“ Er: „Nå ja, så tager vi lige Zuckmayer med også.“

Vielleicht ist dies in der nationalen oder besser volkstumsmäßigen Auseinandersetzung unsere Schwäche gewesen. Vielleicht haben wir auf Grund unserer Konzentration auf die „kulturelle“ Arbeit teilweise die Bindung zur sog. Basis verloren. Das ist für eine Volksgruppe, die im Abbröckeln begriffen ist, natürlich besonders bedenklich. Ist es auf Grund unserer „Hochkultur“ nicht so, daß wir Nordschleswiger auf dem kulturellen Gebiet Deutsche sind, uns aber auf dem sog. zivilisatorischen Sektor viel eher zu den Dänen hingezogen fühlen? Sind z. B. unsere Eßgewohnheiten, unsere Umgangsformen im Täglichen den dänischen nicht viel ähnlicher? Fühlen wir uns in diesen Formen nicht wohl? „Tak for mad og det hele.“ Entspricht unsere Sprachhaltung nicht auch diesen Gegebenheiten? Verständigen wir uns nicht im täglichen praktischen Leben überwiegend im Plattdänischen? Schalten wir nicht, wenn das Gespräch kompliziert wird, ein bestimmtes Niveau erreicht hat, um ins Hochdeutsche, nicht ins Hochdänische?

Insofern sind wir schon etwas gespalten, oder, vornehmer ausgedrückt, „zweistromig“. Worin liegt die Ursache? Haben da die sogenannten „Kulturträger“ schon in der Köllerzeit versagt? Galt das Niederdeutsche oder Plattdeutsche da nicht schon als unfein, kulturell nicht würdig? Hat das Plattdänische dann den Raum des Plattdeutschen nicht einfach eingenommen? Eine Politik, deren Folgen sich nach Meinung gerade vieler Sprachfachleute auf die politische Entscheidung der Bevölkerung bis 1920 ausgewirkt hat.

Sind uns die Dänen in bezug auf Wechselwirkung von sog. „Hochkultur“ zur Volkskultur und umgekehrt nicht weit überlegen? Sehen sie nicht stärker die Einheit zwischen der „Kultur“ als geistiges Bemühen und der einfachen Mentalität des täglichen Miteinanders? Ist das nicht immer ihre große Chance gewesen? Auch nach 1945 (außer Speckpaketen)?

Ist der Däne uns da nicht in der volkstümlichen Auseinandersetzung überlegen gewesen? Haben wir nicht große, wertvolle Veranstaltungen mit viel Mühe „auf die Beine gestellt“ und so attraktiv auf gewisse dänische Kreise gewirkt? Aber ist die eigentliche „folkelige“ oder volkstumsmäßige Arbeit dadurch nicht zu kurz gekommen? Stimmt die Behauptung, daß die sog. Volkskunst gesunkene Kunst ist? Kann man hier eigentlich von einem Sinken sprechen?

*

Ehe ich noch im einzelnen auf die einzelnen Gebiete unserer Arbeit eingehe,

möchte ich noch einmal ganz kurz auf das Verhältnis Kultur - Politik eingehen. Nicht ohne Grund nenne ich diese beiden Begriffe in der eben erwähnten Reihenfolge. In der vergangenen Zeit ist der Gedanke ja oft aufgekommen, die kulturelle und politische Arbeit voneinander zu trennen. Ebenfalls wurde der Wunsch nach einem eigenen prägnanten Programm für die Schleswigsche Partei laut. In bezug auf beide Wünsche habe ich immer schon einige Bedenken gehabt. Die vergangene Diskussion hat ja auch eindeutig erwiesen, daß der Wunsch nach Trennung von Kultur und Politik bei einer sehr breiten Mehrheit innerhalb der Volksgruppe auf keinen guten Boden fällt.

Meiner Meinung nach ist der Charakter einer Partei einer volkstumsmäßig und kulturell motivierten Minderheit von vornherein ein ganz anderer als bei anderen Parteien. Andere Parteien haben sich zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten der gesamten Bevölkerung zu prägen bzw. in ihrem Sinne zu ändern. Eine sozialdemokratische Partei möchte das nach ihrer ideologischen Vorstellung tun, und das geht alle Menschen eines Staates an, und die konservative Partei will das gleiche. Daß es bei der einen um eine soziale evtl. sozialistische Vorstellung der Gesellschaftsordnung geht, bei der anderen um die Vorstellung der freien Marktwirtschaft mit freiem Konkurrieren mit allen Folgen, ist hier nicht wichtig. Beide Parteien (nur als Beispiel) haben eine gewisse Vorstellung von den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Möglichkeiten eines Landes, die sie möglichst zum Tragen bringen wollen.

Ganz anders bezüglich unserer Minderheit. Unsere Volksgruppe ist nicht gesellschaftspolitisch motiviert, nein, nur kulturell (vielleicht gemischt mit einem gewissen Heimatgedanken).

Daher bleibt der Politik (sprich Partei) nichts anderes übrig, als eine dienende Funktion für die Erhaltung der kulturellen Arbeit einzunehmen. Die Politik der anderen Parteien ist eben politisch motiviert — die Politik der Schleswigschen Partei ist eben überwiegend kulturell motiviert. Daher muß die Politik der Schleswigschen Partei von der kulturellen Arbeit gelenkt werden, genauso wie die politischen Parteien sich von den gesellschaftspolitischen Vorstellungen ihrer Träger lenken lassen.

Wird die Politik (auch Parteipolitik) einer Volksgruppe selbständig, verliert sie ihre Verbindung zu ihrer Grundlage, nämlich der Kultur. Sie wird zum Selbstzweck, muß sich an gewisse gesellschaftspolitische Vorstellungen anderer Parteien anlehnen und verliert die Verbindung zu ihren Mitgliedern, die von keinem einheitlichen politischen Willen getragen werden, sondern nur kulturell motiviert sind. Und das ist gerade heute unser Problem!

Die Schleswigsche Partei hat keine einheitliche politische Vorstellung, weder gesellschaftspolitisch, geschweige denn wirtschaftspolitisch, sondern sie reicht in

ihrem ganzen Spektrum von links nach rechts. Das einzige, was sie hält und motiviert, ist die Pflege der deutschen Kultur und der Heimatgedanke. Daher kann die „Slesvigsche Parti“ nicht, wie andere Parteien, alleine ohne Kultur existieren. Daher ist eine Trennung zwischen Kultur und Politik gefährlich!

Die dänische Minderheit in Südschleswig hat es da leichter. Man kann im großen und ganzen feststellen, daß sie sich, zumindest wirtschaftspolitisch, in etwa auf einer Linie geeinigt hat. Das ist ihr großer Vorteil. Wir können dies auf Grund unserer bevölkerungspolitischen Struktur leider nicht.

Dies mag sicher für viele politisch engagierte junge Menschen unserer Volksgruppe (und es sind nicht die schlechtesten) recht schmerzlich sein. Vielleicht wäre eine Zweitstimme (wie in Deutschland) hier eine Möglichkeit, um die man sich zumindest stärker bemühen sollte. Bisher wäre ein wirtschaftlich und sozialpolitisch allzu festgelegtes Programm, wie es fast jede Partei hat, sicher bedenklich.

Daß man zu gewissen aktuellen Fragen natürlich Stellung nehmen kann, ist natürlich klar. Diese politische Stellungnahme kann sich dann aber meist nur überwiegend auf allgemeinpolitische Fragen, oft durch die Region bedingt, beschränken: so z. B. Autobahn, Sonderburger Brücke, Emmerleffer Deich, Dürreschäden usw.

Für viele von uns ist es nicht immer gleich leicht, wirtschaftspolitische Enthaltbarkeit zu üben. Aber das ist eben ein „Opfer“, das von den Mitgliedern einer Minderheit verlangt wird.

*

Nun lassen Sie mich noch einmal auf die Frage Kulturpflege-Kulturpolitik zurückkommen. Es wurde gesagt, daß nur *Kulturpflege* in Nordschleswig tödlich sei. Damit bin ich einverstanden. Ich glaube aber ebenfalls, daß *Kulturpolitik* ohne Kulturpflege bezüglich der Minderheit ebenso unmöglich ist. Und ich glaube, daß Politik, getrennt von Kultur als Selbstzweck für eine Minderheit einfach lächerlich wirkt. Sie verliert ihren festen Boden und wird zur reinen Sandkastenspielerei.

Wie können wir nun unsere Arbeit — und wir sind uns ja einig, daß es hauptsächlich um die Erhaltung der kulturellen Eigenart geht — den jungen Leuten gegenüber motivieren? Ich glaube schon, daß man dies kann. Natürlich kann man ihnen keine allgemeine Idee offerieren. Das allmählich geflügelte Wort in Nordschleswig „Wir fehlen eine Idee“ (man merke die Formulierung), gilt nicht mehr in der Minderheit. Höchstens kann man die Vorstellung nahebringen, daß es für eine Region gut sei, wenn zwei kulturelle Gruppen nebeneinanderleben. Gegenseitiges Kennenlernen, Brückenfunktion usw., Möglichkeiten, die Formen einer anderen Kultur kennenzulernen, Vergleiche anzustellen, können natürlich zur gegenseitigen Bereicherung führen. Aber auch dies genügt nicht. Meistens verlangen junge Menschen ein Bekenntnis, warum man noch deutsch ist.

Ein allgemeinverbindliches Bekenntnis kann man in unserer pluralistischen Gesellschaft, Gott sei Dank, nicht mehr abgeben. Es heißt nicht mehr: Gemeinsames Ziel und dann marschiere! Nein, man kann nur ein persönliches Bekenntnis abgeben, und das wird dann auch meist respektiert.

Die Selbsterhaltung des Deutschtums als Motiv genügt meist nicht allein. Man muß sich schon im klaren sein, daß die Funktion der Minderheit darüber hinaus Bedeutung hat. Hier spielt der Gedanke der Konkurrenz im Grenzland eine große Rolle, der gerade jungen Menschen oft einleuchtet. Wenn wir als Minderheit auf kulturellem Gebiet unser Bestes geben, für das gesamte Grenzland mit attraktiven Angeboten kommen, kann dies auch für die Mehrheit von Wert sein. Erstens kann sie an den kulturellen Vorhaben teilnehmen, aber gleichzeitig kann es auch Ansporn sein, jetzt auch ihrerseits des Beste zu leisten. Natürlich gilt das Verhältnis ebenso umgekehrt. So kann man sich gegenseitig „hochschaukeln“, und dies ist wiederum für das gesamte Grenzland, für Minderheit und Mehrheit, zum Vorteil. Abgesehen davon, daß der einzelne, ob Däne oder Deutscher, sich eines der größten kulturellen Angebote bedienen kann, so können die jeweiligen Veranstalter ihren „Geldgebern“ gegenüber immer auf das „Angebot“ der „anderen Seite“ hinweisen. Dies kann eine Region wie das Grenzland sehr viel attraktiver machen als manche Gebiete im Lande, sei es im Norden oder im Süden.

In dieser Verbindung kommt es darauf an, daß man die „Mehrheit“ davon überzeugt, daß eine Minderheit für sie in diesem Zusammenhang zum Vorteil sein kann. Gegenseitige Absprache über die jeweiligen Vorhaben müßten sehr viel stärker durchgeführt werden, um das nötige Geld am „richtigen Ort“ zu beantragen. Man sollte die dänische Mehrheit überzeugen, daß ihre seit den 20er Jahren erfolgreich durchgeführte Assimilationspolitik für sie selbst nicht mehr zum Vorteil ist. Verschwinden wir ganz, was wir nicht hoffen wollen, haben sie den Hinweis auf uns nicht mehr und nicht mehr den indirekten Vorteil. In dieser Verbindung habe ich einmal öffentlich gesagt: „I burde værne om os, for jeres egen skyld.“ Es gibt erfreulicherweise viele Anzeichen, daß sich bei der Mehrheit hier eine Mentalitätswandlung vollzieht. Auch müßten wir der „anderen Seite“ klarmachen, daß „lige ret for alle“, wenn es auf eine volkstumsmäßige, schicksalsbedingte (durch Grenzziehung entstandene) Minderheit angewandt wird, in den Auswirkungen nicht „gleiches Recht“ bedeutet. Daher sollten wir um Verständnis für Sonderregelungen werben, damit die Wahrung des kulturellen Lebens für Mitglieder der Minderheit nicht schwerer wird als für die Mehrheit. Eine Assimilation kann nicht im Interesse der Mehrheit liegen. Diese Einsicht scheint sich gerade bei führenden Dänen durchzusetzen. Anzeichen dafür sind vorhanden!

*

Nun noch zur Frage des Öffnens dem Nachbarn gegenüber und der Wahrung der

Identität (Selbstbewahrung, Selbstdarstellung, wie es auch genannt wurde). Hier muß man ganz kurz auf die geschichtliche Entwicklung der Volksgruppe hinweisen. Vielleicht kann man von drei Phasen sprechen. Der Zusammenhalt der Volksgruppe wurde zunächst sicher sehr stark von außen motiviert. Die ungerechte Abstimmung und der Wunsch nach einer neuen Grenzziehung in den zwanziger Jahren sind zunächst sicher ein wesentliches Motiv gewesen. Dann kam der Nationalsozialismus mit seiner „Begeisterung“ und einem Aufschwung, wie sie die Minderheit nicht wieder erlebt hat. 1945 dann der Zusammenbruch mit dem außerordentlich starken Druck von außen, der einen Zusammenhalt einfach lebensnotwendig machte. Die Rechtsabrechnung mit ihren Folgen und die Nachkriegszeit gaben dann der Volksgruppe ihren Zusammenhalt und ihre Stärke. Nach der Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Volksgruppen sind wir nun in einer neuen Phase, wo kein Druck von außen gegeben ist. Zum ersten Mal müssen wir die Kraft aufbringen, unsere Identität aus uns selbst heraus zu finden. Selbsterhaltung kann daher nur kulturell motiviert werden. Meiner Meinung nach ist dies die große Bewährungsprobe für die Volksgruppe. Ob wir das alle begriffen haben? Ohne Frage müssen wir unsere kulturellen Anstrengungen erheblich steigern. Bestehen wir diese Bewährungsprobe mit der notwendigen Öffnung nach außen? (Dilemma: Die Jugend verlangt, daß wir am öffentlichen Leben des Landes teilnehmen. Wir können gar nicht anders. Andererseits besteht die Gefahr, daß viele abwandern. Können wir diese Kraftprobe bestehen?)

Es stellt sich die Forderung: Ein verstärkter Einsatz auf kulturellem Gebiet, nicht nur, um die Grenzregion zu bereichern, sondern einfach, um zu bestehen! Wir könnten einen guten Beitrag für deutsche Kultur und zur Verständigung über die Grenze hinweg liefern. Aber sind wir dem dänischen Nachbarn gewachsen? Es gibt ja das Sprichwort, ich glaube, es stammt von Lord Chesterton: „Wir suchen uns unsere Freunde, wir machen uns unsere Feinde, Gott aber schuf uns den Nachbarn.“

Es ist zu hoffen, daß wir unser Schicksal in diesem Sinne meistern, ohne unsere Existenz als Volksgruppe zu verlieren.

Ein neuer Anfang auf dem Knivsberg?

Seit 1970 ist der Knivsberg — einer der wichtigsten Mittelpunkte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig — um ein Gebäude bereichert, welches durch seine Bezeichnung „Jugendhof“ signalisiert, daß hier neben dem Knivsbergfest ein *dauernder* Treffpunkt für Jugendliche geschaffen werden sollte. Seinerzeit hat *Manfred Ritter* in mehreren Artikeln die Vorstellungen mitgeteilt, die als Begründungen für den Bau des Jugendhofs dienten¹. Sie bestanden vor allem darin, den Jugendhof zu nutzen

- als Treffpunkt für deutsche Nordschleswiger;
 - als Stätte der theoretischen und praktischen Befruchtung und zugleich Absicherung der Arbeit des Deutschen Jugendverbandes;
- als Schullandheim und Begegnungsstätte zwischen Schulklassen aus den deutschen Schulen Nordschleswigs und aus dem Bundesgebiet;
- als Ort der Information über Nordschleswig und die deutschen Nordschleswiger.

Schließlich sollte der Jugendhof „als deutsches Bildungs- und Freizeitheim im dänischen Grenzraum auch die Aufgabe übernehmen, Deutsche und Dänen, darunter auch Angehörige beider Minderheiten, zusammenzuführen.“²

Liest man den zitierten Artikel von *Manfred Ritter* und die Jahresberichte, die der erste Leiter des Jugendhofs, *Carl J. Kaysen*, für den Deutschen Jugendverband abgefaßt hat, wundert man sich zunächst, warum der Jugendhof in den letzten Jahren nicht *mehr* von sich reden machte. Offenbar hat es eine Fülle kurzlebiger Aktivitäten gegeben — allerdings mit abnehmender Häufigkeit: Da wurde in den ersten Jahren eine Reihe hervorragender Veranstaltungen verzeichnet, es fehlte aber, scheint's, die kontinuierliche Kleinarbeit. Dies — das sei hier ausdrücklich angemerkt — ist wohl weniger ein Versäumnis des Jugendhofleiters als vielmehr

- *eine Folge der Ausgangssituation*, die durch völlig unzureichende personelle Besetzung und mangelnde Arbeitsmöglichkeiten gekennzeichnet war. Pädagogisch und organisatorisch mußte der Jugendhof mit 68, respektive 92 Betten im „Ein-Mann-Betrieb“ geleitet werden. Die Personalbesetzung im hauswirtschaftlichen und technischen Bereich ist an den Anforderungen von Jugendherbergen vergleichbarer Größe ausgerichtet, reicht deshalb für die gehobenen Anforderungen einer Bildungsstätte bei weitem nicht aus.

Meinem Vorgänger ist es offenbar nicht gelungen, hier Abhilfe zu schaffen. Da kann es nicht verwundern, daß nach guten Ansätzen sich der Jugendhof mehr und mehr in eine „Herberge“, ein „Ferienheim“ ohne nennenswertes

eigenes Angebot, aber dafür mit vielerlei eingeschliffenen Eigenarten und Beschränkungen, verwandelt hat.

- *eine Folge des Fehlens einer Konzeption.* Die Gedanken von Ritter stellen eine Beschreibung von Möglichkeiten dar, ohne allerdings ein übergeordnetes Ziel der Arbeit zu skizzieren³. Man mag dies „pragmatisch“ nennen — einen hinreichenden Hintergrund für die Schwerpunktbildung in der täglichen Arbeit, eine Begründung für personelle, sachliche und räumliche Verbesserungen besonders im pädagogischen und im Verwaltungsbereich ließ und läßt sich hieraus nicht ableiten.

Der jetzige Vorsitzende des Deutschen Jugendverbandes, *Armin Nickelsen*, nimmt in seinem Jahresbericht für 1976 ebenfalls eine eher „pragmatische“ Position ein, die er wie folgt beschreibt:

„Außerschulische Jugendbildungsarbeit bedeutet etwas anderes als eine Art Fortsetzung der Schule. Nach meiner Auffassung sollten in der Jugendverbandsarbeit auch Geselligkeit, Spiel, Sport und Erholung nie zu kurz kommen. Überhöhte pädagogische Zielsetzungen können — und das lehrt uns die Erfahrung — allzuleicht bei den Jugendlichen Ermüdungserscheinungen und Ablehnung unseres Angebots hervorrufen. Unser Kulturangebot soll auch Freude bereiten! Dahinter steckt immer die Erfüllung des § 1 der Jugendverbandssatzungen: ‚Der Deutsche Jugendverband für Nordschleswig hat die Aufgabe, im Rahmen deutscher Sprache Sport und Kultur zu fördern‘ — Das bedeutet für die praktische Arbeit, stets dafür zu sorgen, die Angehörigen der deutschen Volksgruppe zu sammeln, ein Gruppenbewußtsein zu erzeugen und den Zusammenhalt der Volksgruppenmitglieder zu festigen. Unter diesem Blickwinkel muß man sämtliche Angebote des Jugendverbandes sehen.“⁴

Nun soll diese Position hier nicht in Zweifel gezogen werden. Sie ist realistisch und macht — auch für den Jugendhof verbindlich! — die gegenwärtige Aufgabenstellung des Jugendverbandes deutlich. Diese gegenwärtige Aufgabenstellung einbeziehend, habe ich Ende 1976 mit meiner Bewerbung „Vorüberlegungen für die Bildungsarbeit auf dem Knivsberg“ vorgelegt, die für den Jugendhof darüber hinausgehen.

Gegenüber der „pragmatischen“ Position, für die Jugend(hof)arbeit in Nordschleswig in erster Linie Unterstützung der Arbeit der deutschen Volksgruppe bedeutet, setzte ich als Ziel

ein Modell außerschulischer Bildungsarbeit

für eine nationale Minderheit in einer europäischen Grenzregion;

dies unter Einbeziehung aller Implikationen, die sich durch die Bestimmung eines solchen „Modells“ mit „nationale Minderheit“ „in einer europäischen Grenzregion“ ergeben. Zu seiner Verwirklichung habe ich Vorschläge für die kurz-, mittel- und

langfristige Entwicklung des Jugendhofs gemacht.

Erreichen möchte ich, daß in den achtziger Jahren auf dem Knivsberg eine Bildungsstätte steht, die

- sich im Konkurrenzfeld anderer Bildungsstätten in Deutschland und Dänemark, speziell auch in anderen Grenzregionen, behaupten kann;
- eigene unverwechselbare Schwerpunkte ihrer Arbeit setzt, deren Ausstrahlung den engeren Raum der Grenzregion überwindet;
- durch ein vielfältiges Angebot für Deutsche und Dänen wie für Angehörige anderer europäischer Völker interessant ist.

Dies Ziel ist nur zu erreichen, wenn dem Jugendhof eine größere Eigenständigkeit zugebilligt wird. Es kann nicht nur darum gehen, Sammelstelle der deutschen Minderheit zu sein. Auch für die Mehrheit der in diesem Raum lebenden Bevölkerung muß der Knivsberg Ausstrahlung gewinnen. Allerdings ist hier eine entscheidende Einschränkung zu machen: Der Jugendhof ist eine Einrichtung der deutschen Volksgruppe und damit eine — im Prinzip — deutschsprachige Bildungsstätte.

Soweit ich bisher sehe, ergeben sich nach dem Gesagten folgende Funktionen für den Jugendhof:

1. *Sammelpunkt für die deutsche Volksgruppe*, speziell für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, durch ein Angebot, das deren vielfältigen Interessen entgegenkommt.
2. *Stätte der Begegnung und der Gemeinsamkeit von Deutschen und Dänen, Deutschen mit dänischem und Dänen mit deutschem Paß sowie anderer Europäer*. Dies könnte den Versuch beinhalten, hier europäisches Zusammenleben zu erproben und vorzuleben. Die beiden Minderheiten nördlich und südlich der deutsch-dänischen Grenze sind hierzu besonders prädestiniert, da sie keinen Pressionen durch die Mehrheiten ausgesetzt sind. Als einzige Minderheiten in Europa können sie zeigen, wie auch in einem politisch geeinten Europa die kulturelle Vielfalt — das, was Europa eigentlich interessant macht — erhalten bleiben kann. Dies ist auch *ohne* „Wettstreit“-Ideologie sinnvoll und erreichbar! Im Jugendhof Knivsberg sollten sich „Vorbilder“ des gemeinsamen Arbeitens um der gemeinsamen Sache willen entwickeln: Gemeinsamkeit im Wollen und in der Sache bei Eigenständigkeit in der persönlichen und herkunftsbezogenen Ausprägung.
3. *Anlaufstelle für Dänen*, die sich im Rahmen der deutschen Sprache kulturell betätigen, näheres über Deutschland erfahren und mit Deutschen Zusammensein möchten.
4. *Vermittler für Gruppen aus dem Bundesgebiet*, die sich über dänische Verhältnisse informieren wollen. Besonders ergiebig wäre dies auf dem Sektor der Sozial- und Freizeitpädagogik. Die Zweisprachigkeit des

Grenzgebiets und die Fülle an Sozial- und Freizeiteinrichtungen in Nordschleswig bieten hierzu ideale Voraussetzungen.

5. *Kultureller Schwerpunkt in einer ländlichen Region.* Das heißt, langfristig sollte der Jugendhof als Träger und Vermittler von kulturellen Angeboten für die Bevölkerung der näheren Umgebung in Erscheinung treten.

In diesen Funktionen zeichnen sich erste — zu erprobende — inhaltliche Schwerpunkte für die künftige Knivsberg-Arbeit ab. Alle Bemühungen hierum sind aber zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelingt, über den „Ein-Mann-Betrieb“ hinauszukommen. Immerhin hatte man in Bonn schon soweit ein Einsehen, daß man eine halbe Stelle für eine Bürofachkraft bewilligte. Dies kann aber nur ein Anfang sein.

Schon jetzt ist abzusehen, daß zur kontinuierlichen Kleinarbeit mehr gehört, als bei der jetzigen personellen Besetzung geleistet werden kann. Es reicht eben nicht aus, mit ein paar gelungenen Veranstaltungen neue Interessenten zu gewinnen, ein bißchen „Wirbel“ in deutschen und dänischen Zeitungen zu veranstalten und damit den Eindruck zu erwecken, „daß vom Jugendhof Knivsberg neue Impulse für die Kulturarbeit des Jugendverbandes ausstrahlen werden“.⁶ Die neuen Interessenten (z. B. Lehrlinge, junge Berufstätige, die erstmals gezielt angesprochen wurden) müssen kontinuierlich weiterbetreut werden. Gastgruppen — mindestens die steigende Anzahl von Gruppen aus Nordschleswig selbst! — haben ein Recht auf pädagogische Beratung und Betreuung, zumindest in den Bereichen, für die der Jugendhof Angebote machen könnte. Weiterbildung der Mitarbeiter muß möglich werden. Personelle, sachliche und räumliche Verbesserungen sind deshalb unausweichlich, wenn nicht nach dem ersten Anlauf wieder alles ins Stocken geraten soll.

Ein neuer Anfang auf dem Knivsberg? Ich hoffe: Es geht auch weiter!

¹ Vgl. vor allem den Artikel „Der Jugendhof auf dem Knivsberg — Möglichkeiten einer Bildungs- und Freizeitstätte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig“ in: Schleswig-Holstein, Zeitschrift des SHHB, 21. Jg. 1969, S. 61-63.

² Ebenda S. 63.

³ Dies wird besonders im Vergleich zu früheren Äußerungen Ritters deutlich. Vgl. z.B. den Artikel „Der Jugendhof — Zentrum der Jugendarbeit“ in: Die Brücke, Zeitschrift des Deutschen Jugendverbandes für Nordschleswig, Nr. 9, Januar/Februar 1966, S. 6-9.

⁴ Abgedruckt in: Der Nordschleswiger, 19. 4. 1977.

⁵ Diese „Vorüberlegungen“ liegen dem Gespräch zugrunde, über das „Der Nordschleswiger“ am 25. 1. 1977 berichtet hatte. Vgl. den Nachdruck in: Grenzfriedenshefte 1/1977, S. 46f.

⁶ Armin Nickelsen in seinem Jahresbericht 1976, wie oben Anm. 4.

A. G. NISSEN - heute wie jederzeit

Der „Flensburger“ Maler im Blickwinkel seiner Zeitgenossen

„... Denn
Wie du anfingst, wirst du bleiben.
So viel auch wirkt die Not.
Und die Zucht, das meiste nämlich
Vermag die Geburt
Und der Lichtstrahl, der
Dem Neugeborenen begegnet ...“

Hölderlin

Regnerisch und kühl ist's auf der Küstenstraße über Kollund und Sønderhav nach Rinkenæs; aber der Buschmai zwischen Fahrweg und Wasser läßt ahnen, was mir wenig später zur Gewißheit wird: in dem geräumigen Wohnhaus der Familie Nissen — Aarsbjerg/Nederbyvej 5 — wandert der Blick aus einem Aussichtsfenster über den parkähnlichen Garten zum Sund hinaus, zur Flensburger Förde, deren Konturen sich im diesigen Dämmerlicht des Hintergrundes verlieren; hier ist Arndt Georg Nissen vor siebzig Jahren geboren, und hier ist auch das Land seiner künstlerischen Herkunft.

Dr. Fuglsang, der einstige Direktor des Flensburger Museums, sah im friesischen Land, wie Dr. Zöllner, der heutige Leiter dieser reichen Kunstsammlung, zitierte, zwei Menschenschläge: den religiösen Typ, dem er Nolde zurechnete, und den behaglich-humorvoll-heiteren Menschen, der offen sagt, was ihn schmerzt und freut. Ein solcher sei „Age“, Sohn des Malers Anton Nissen aus Tondern.

Viele Schüler und Lehrer, Kunstfreunde und Rezensenten haben — jeder von seiner persönlichen oder „fachlichen“ Sicht aus — in etwa fünfzig Jahren die Symptome seiner Entwicklung und seines Schaffens vermerkt und aufgezeichnet, analysiert und gedeutet, und das Resümee daraus ergibt den Glücksfall, daß ihn die selbstverständlichen Konflikte auch in seinem Da-Sein weder zu brechen noch von seinem Wege weg in die Irre zu leiten vermochten.

Carl Zuckmayer war der Meinung, daß die eine Hälfte des Lebens Glück sei und die andere Disziplin, und dies sei die wichtigere, weil man ohne Disziplin mit seinem Glück nichts anzufangen wüßte. So stark geprägt scheinen Age (wie er seit je privat und offiziell genannt wird) jene beiden Lebensimpulse geprägt zu haben, daß er heute am Beginn seines achten Lebensjahrzehnts wirkt wie jederzeit in seinen Entwicklungsstufen. Ob er in Paris oder in Istanbul, in Afrika

oder in Brasilien Abenteuer suchte oder malte, er kam immer wieder zu seinem Ursprung zurück, als gelte es, ein Wort der Halligdichterin Elfriede Rotermund zu bestätigen: „Das Schönste am Reisen ist das Heimkehren.“

Daß Age Nissen, als hätte er Hölderlins Worte bestätigen wollen, seine „gegebenen“ Grenzen respektiert, hat ihm beachtliche Aspekte der Zeitgenossen für seine Kunst bzw. seine Art von Künstlertum eingetragen.

Nach 1945/46 stellte eine kaum gekannte Unbefangenheit neue Maßstäbe auf, motiviert und angetrieben von dem Reiz und Impuls des Neubeginns: Als nähme er Bezug zu solchem Neubeginn, schreibt Dr. Rohling, den Kunstfreunden von damals im Gedächtnis bewahrt von dem Porträt, das Käthe Lassen in ihr Weihnachtsfenster an der Südwand der Marienkirche in Flensburg eingefügt hat, 1952 in einem der Schleswig-Holstein-Hefte: „Erbe friesischer Ahnen, wikingischer Trieb in die Ferne, Vertrautheit des zwischen zwei Meeren sitzenden Sohnes der Kimbrischen Halbinsel mit Meer und weiten Himmeln führen Age segelnd um die halbe Erde und doch immer wieder zurück in den heimatlichen Hafen, in das idyllische Rinkenæs.“

Im gleichen Zusammenhang stellt der damalige „Rezensent“ fest, welcher Leistungen sich Nissen als fähig erweist, als Studierender in München, in Berlin und anderswo mitsamt seiner „Fabulierlust“ in Abenteuer- und Seeräubergeschichten und als Illustrator von Reiseschilderungen in Velhagen & Klasings Monatsheften oder von Segelregatten: „... so setzt auch die Erfassung seglerischer und maritimer Vorgänge eine besonders sensible Balance voraus, die man nur aus eigener Beherrschung der Segelkunst und all ihrer technischen und sportlichen Bedingungen erfüllen kann.“

Trotzdem ist Age nicht als „Marinemaler“ einzuschätzen, vielmehr liebt er „das frische, flüssige Landschaftsaquarell, das den Ausdrucksnuancen einer bestimmten Tageszeit, einer momentanen Stimmung rasch zu folgen vermag“, und ihm ist „die engste Heimat immer neue Entdeckung“. Etwa fünfundzwanzig Jahre später bestätigt Kai Krüger in Heft 8 (vom April 1977) der Zeitschrift „Yacht“ diese Besonderheit Nissens, indem er seine Seefestigkeit und sonstigen seetüchtigen Qualitäten preist und gleichzeitig die Würdigung zum 70. Geburtstag mit dem Titel „Ein Leben mit Wasser und Farben“ überschreibt. Zwischen diesen beiden Kennzeichnungen liegt ein Vierteljahrhundert nicht nur impulsiven und fleißigen, sondern auch erstaunlich vielseitigen Schaffens: Und das ist nicht nur „vom süßen Spiele gesättigt“, sondern er kennt sich aus in der handwerklichen Herkunft aller bildenden Künste. Er zeichnet und malt aus den persönlichen Erfahrungen des Segelsports, er illustriert einschlägige Veröffentlichungen, und in Weberei, in Glas und in Kacheln entstehen großformatige Wandgestaltungen, deren Motive meistens heimatlich gebunden sind, z. B. „Die Nordspitze von Alsen“ (Deutsche Schule in Sonderburg) oder „Ochsenweg in der Bronzezeit“

(Kantinenwand der Kaserne in Flensburg-Weiche), ein Bühnenvorhang für die Schule in Nortorf. Daß das jeweilige Material, spröder natürlich als Aquarellfarben, dazu noch stilisiert, trotzdem den Zauber seiner Entwürfe ausstrahlt, hat er der verständnisvollen Zusammenarbeit mit der Weberin Inge Schmidt und der Keramikerin Luise Duncker zu verdanken.

In vielen Ausstellungen wird der Eindruck erweckt, als beschränke sich Age Nissen im wesentlichen auf die Aquarellmalerei. Obwohl er darin am meisten zu Hause ist, umfaßt sein Oeuvre viel Zeichnerisches (Kohle, Blei, Feder), dazu Linolschnitte u. a. Als Jungmann und Schüler hat er ausdruckskräftige Porträts und Menschenfiguren geschaffen, und von seinen vielen Auslandsfahrten hat er neben unzähligen Aquarellen noch mehr an hingeworfenen Skizzen des Landes (oder der See) und der zugehörigen Menschen mitgebracht.

Mit Respekt stellt der Betrachter fest, daß sich die Skizzen von dem 1977 in Venedig beobachteten Ballett in aufmerksamem Blick und flottem Duktus kaum von denen unterscheiden, die er 1955 in Istanbul zu Papier brachte.

Übrigens zeigen die Briefe, die er damals, vor zweiundzwanzig Jahren, an Dr. Fuglsang schrieb, daß er den ganzen Age Nissen mit auf die Reise genommen hatte. Gemütlich eingesponnen in das buen retiro einer „Plauderei“ mit dem Freund in der Ferne (bis zum „Prost!“), gibt er spaßige Stimmungsberichte und gleichzeitig impressionistisch angehauchte Informationen und Situationsschilderungen über die dem Adressaten bekannte Stadt. Er lacht und läßt Blicke in seine Schaffensimpulse und Arbeitsweisen tun:

„Viele (Zeichnungen) sind hart erkämpft: bei stürmischem Wind, bei heißer Sonne, bei Kindern mit Flöhen.“

„Jede Zeichnung, die ich nicht gemacht habe, tut mir leid. Aber immerhin — es ist ein großer Haufen, und Du wirst Dich tagelang damit beschäftigen können. Es ist ja ganz anders, als die Kollegen gemalt haben. Die haben ja Kunstwerke gemacht; davon ist bei mir nicht viel. Ich habe mich bemüht, die Lebendigkeit und all die Besonderheiten der Stadt festzuhalten, ohne lange zu überlegen, ob das im Stil des einen oder anderen Vorbildes geschieht. Dazu war auch meist keine Zeit.“

Das Fröhliche, das sein Schaffen bestimmt, hat er in einer heute allgemein üblich gewordenen Künstlerarbeit schon auf der Akademie in München und später in Berlin eifrig geübt: das Entwerfen von Plakaten für Künstlerfeste und Segelveranstaltungen. Auch in der Fachzeichnung erwies er sich als gewissenhafter Meister: Vor etwa sieben Jahren erschien das Fachbuch „Segeln — das 1x1 von Pinne und Schot“ von Markus Joachim Tidick mit vielen fachlichen, flotten und spaßigen Zeichnungen von Age Nissen. Wie erfolgreich die damalige Neuerscheinung war, geht daraus hervor, daß in diesen Maitagen 1977 eine Taschenbuchausgabe davon in der Reihe Goldmann Ratgeber auf den Büchermarkt gelangte.

Obwohl Flensburg nicht Age Nissens „Vaterstadt“ ist, wird er von den Kunstfreunden der Stadt als „ihr“ Maler angesehen. Dieses „Ansehen“ hat er sich nicht nur ermailt, sondern ebenso durch seinen persönlichen Einsatz für das Städtische Museum erworben, wofür ihm Direktor Dr. Zöllner ausdrücklich gedankt hat.

Anlässlich einer Ausstellung zum 70. Geburtstag des Künstlers wurde deutlich spürbar, daß er seine Neigung zum Familiären auf die Stadt an der Förde ausgedehnt hat und daß sie im gleichen Sinne erwidert wird. Es bedurfte dementsprechend auch keiner offiziellen Laudatio, die er (sozusagen im Familienkreis) als Sprüchekloppen ansehen würde. Also rühmte Dr. Zöllner in einem sehr persönlich gehaltenen „Dank an Age Nissen“ die kleinen und großen Gelegenheiten, in denen sich der Maler hilfsbereit erweisen konnte. Auch über die elementare Herkunft der Kunst Nissens wußte er Gültiges und Vertrautes zu sagen: „Und immer wieder Rinkenæs, die Bucht, der Park, die Bäume am Teich, der Ausblick auf die Förde! Der Wandel der Jahreszeiten, der Wechsel der Beleuchtung zu den verschiedenen Tageszeiten erzwingen förmlich immer neue Bilder in veränderter Farbigkeit und stets neuer Stimmung. Wenn man so sagen darf, der Winter in Rinkenæs, die vereiste Bucht, das verschneite Land, wenn man vom Wasser nur dunkle Stellen sieht, Steine, Pfähle und kahle Bäume sparsam das Bild gliedern und der graublau Winterhimmel mit sturmgepeitschten Wolken schwer auf der hellen Fläche lastet, ist für die Landschaftskunst des Malers die fruchtbarste Jahreszeit ...“

Der Flensburger Verkehrsverein hat ein Aquarell von ihm erworben und als Werbeplakat herausgegeben. Den Bürgern und Touristen kündigt es von der Schönheit der Stadt, und manchem unter ihnen mag es auch etwas von dem freundlichen Lebenswerk Age Nissens andeuten.

Der Vertrag von Ripen und seine historische Bedeutung

*Der Kampf der Schauenburger Grafen um Schleswig und Holstein
Die Ereignisse des Jahres 1460*

„Völkerbrücke und Grenzland“ hat man Schleswig-Holstein genannt und damit einen Raum gekennzeichnet, der viele Gegensätze in sich vereinigte¹, der Einflüsse und Bewegungen aus dem Norden und Süden in sich aufnahm und weitergab — einen Raum der Spannungen, der Auseinandersetzungen und des Ausgleichs von vielgestaltigen Kräften.

Schon seit den Tagen Karls des Großen ging der Kampf um die deutsch-dänische Grenze. Es ist im Rahmen dieser Darstellung nicht notwendig, auf die fortdauernden Auseinandersetzungen zwischen Sachsen, Friesen und dänischen Wikingern näher einzugehen. Wir heben nur die Daten heraus, die wichtige Einschnitte in der Entwicklung Schleswigs und Holsteins bis zu dem Jahre 1460 darstellen.

Die Grafschaft Holstein und Stormarn war — mit einer kurzen Unterbrechung von etwa zwanzig Jahren — seit 1111 im Besitz der Schauenburger Grafen. Der sächsische Herzog Lothar von Supplinburg hatte in diesem Jahr die verwaiste Grafenwürde an das Adelsgeschlecht der Schauenburger übertragen, daß aus Rinteln an der Weser stammte und von 1111 an für 350 Jahre entscheidenden Einfluß auf die Geschehnisse Holsteins und Schleswigs ausüben sollte.

Der Herrschaftsbereich „Holstein“ der Schauenburger Grafen deckte sich etwa mit dem heutigen geographischen Begriff Holstein, mit der Ausnahme Dithmarschens, das damals noch unter Führung von wehrhaften Bauerngeschlechtern faktisch seine Unabhängigkeit behauptete, wenn es auch nominell unter der Herrschaft der Erzbischöfe von Bremen stand. Lübeck war im 14. und 15. Jahrhundert einer der mächtigsten Vororte der Hanse und zusammen mit Hamburg eine einflußreiche Stütze für die Schauenburger Grafen in ihrer Auseinandersetzung mit den dänischen Königen um das Herzogtum Schleswig.

Dieses bildete ursprünglich einen Teil des dänischen Herrschaftsbereiches, hatte aber unter Knud Laward im 12. Jahrhundert eine Sonderentwicklung erfahren. Dieser, ein Sohn des dänischen Königs Erich Ejegod (1095—1103), leitete eine

selbständige Entwicklung Schleswigs ein, die unter seinen Nachfolgern weitere Fortschritte machte und zur Herausbildung des Herzogtums Schleswigs führte, das nicht mehr dänischer Landesteil, sondern ein Lehen Dänemarks war. Ähnliche oberherrliche Rechte, wie sie in Holstein dem sächsischen Herzog und dem deutschen Kaiser zustanden, übte in Schleswig der dänische König aus. Im Laufe des 13. und des 14. Jahrhunderts lockerte sich dieses staatsrechtliche Verhältnis, und den Schleswiger Herzogen gelang es, immer weitere Rechte an sich zu reißen. In ihrem Kampf um die politische Selbständigkeit gegenüber Dänemark sahen sich die Schleswiger Herzoge tatkräftig unterstützt durch die Schauenburger Grafen, die kein Interesse daran haben konnten, eine starke dänische Königsmacht nördlich der Eider zum Nachbarn zu haben. So bildete sich frühzeitig eine Interessengemeinschaft zwischen den holsteinischen Grafen und den Herzogen von Schleswig heraus, die zu einem engen Zusammenwirken führte. Schon Knud Laward zog Deutsche an seinen Hof, begünstigte deutsche Handwerker und förderte das Städtewesen. In der Folgezeit kam es zu einer größeren Einwanderung von deutschen Adligen und Bauern. „Auf dänischem Lebensboden sitzen deutsche Adlige aus Holstein. Ein deutsches Adelsgebiet entsteht, das von Schwansen bis Wagrien, von der Schlei bis zur Neustädter Bucht reicht, mit dem jungen Kiel als natürlichem Mittelpunkt.“² Der in Schleswig ansässige Heermannenadel wurde durch den deutschen Lehnsadel abgelöst und aufgesogen. Auch diese Umwandlung war ein weiteres Element für die Stärkung der staatsrechtlichen Sonderstellung der Schleswiger Herzoge. „Der holsteinische Ritter vollbrachte nunmehr auch in Schleswig am Ende des 13. und zu Beginn des 14. Jahrhunderts eine ähnliche Kulturtat wie nicht lange vorher in Wagrien. Die Urbarmachung bisher kaum bewohnter Gebiete und deren Besiedlung mit deutschen Bauern war im wesentlichen sein Werk, wenn auch die Klöster mit daran beteiligt waren.“³ Für den Aufbau und die Entwicklung der Städte in Schleswig wurde das Vorbild der Hanse entscheidend. Die Interessen der deutschen Kaufleute, der Schleswiger Herzoge und der Schauenburger Grafen ergänzten sich hier auf das glücklichste. Die Landesherrn unterstützten die Städte durch Verleihung von Privilegien und zogen Vertreter der Städte zu den Landtagen des Herzogtums Schleswig hinzu.

Am Anfang des 14. Jahrhunderts konnte es zum ersten Mal ein Schauenburger Graf wagen, begünstigt durch einen zeitweiligen Zerfall der dänischen Königsmacht, von Schleswig Besitz zu ergreifen. Graf Gerhard der Große war es, der sich 1326 von dem dänischen König Waldemar III., unter Zustimmung des dänischen Reichsrates, erblich mit dem Herzogtum Schleswig belehen ließ. Rückschläge blieben nicht aus. Die Schauenburger benötigten ein Jahrhundert, um die durch den Grafen Gerhard den Großen in Schleswig gewonnene Machtproposition auszubauen und ihren Anspruch auf dieses Gebiet als erbliches

Lehen aus der Hand des dänischen Königs endgültig zu festigen. In allen diesen Auseinandersetzungen war es oberster Grundsatz der holsteinischen Politik gewesen, die Vereinigung der schleswigschen Herzogskrone und der dänischen Königskrone in einer Hand zu verhindern. So hatte Gerhard der Große 1326 den jungen dänischen König Waldemar III. gezwungen, die sogenannte *Constitutio Valdemariana* auszustellen, die eine Klausel enthielt, nach der das Herzogtum Schleswig niemals mit Dänemark vereinigt werden dürfe, „so ... daß ein Herr sei über beide, (item ducatus Sunderjutiae regno et coronae Daniae non imietur nec annectetur, ita quod unus sit dominus utriusque.“)⁴

Die Gefahr, das Herzogtum Schleswig eines Tages in der Hand der dänischen Könige zu sehen, schien für die Schauenburger Grafen endgültig gebannt zu sein, als 1440 der holsteinische Graf Adolf VIII. durch „den dänischen König Christoph III. erblich und unbeschränkt mit dem Herzogtum Schleswig belehnt wurde (30. April 1440). Damit wurde eine Entwicklung abgeschlossen, die sich schon seit langem angebahnt hatte. Der Schauenburger Adolf VIII. vereinigte in seiner Hand mit Holstein und Schleswig zwei Landschaften, die die engsten Beziehungen wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art aufwiesen. Allerdings blieb er als Graf von Holstein Lehnsträger der sächsischen Herzoge und der deutschen Kaiser und als Herzog von Schleswig Lehnsträger des dänischen Königs. Die völlige staatliche Trennung Schlesiws von Dänemark erreichte er nicht.

Die Entscheidung, die 1440 getroffen schien, war nicht nur von Bedeutung für die Verhältnisse in Holstein und Schleswig, sondern mußte auch das Kräfteverhältnis in Nordeuropa und im gesamten Ostseeraum beeinflussen. Eine Stärkung der Schauenburger Grafen bedeutete gleichzeitig einen Machtzuwachs für die Hanse, die in engem freundschaftlichen Verhältnis zu den Herrschern Holsteins stand. Auf der anderen Seite mußte die Stellung Dänemarks durch eine solche Entwicklung empfindlich geschwächt werden. Das Ziel jeder dänischen Politik konnte es daher nur sein, den verlorengegangenen Einfluß auf Schleswig zurückzugewinnen.

Zwei kurz aufeinanderfolgende Ereignisse wurden die Ursache und die Grundlage einer völligen Neuorientierung der nordeuropäischen Machtverhältnisse. 1448 starb mit Christoph III. der letzte dänische König aus dem Hause Sven Estridsens ohne Erben. Sein Nachfolger wurde der Graf Christian von Oldenburg als König Christian I: von Dänemark, ein Neffe Adolf VIII. Adolf hat entscheidend mitgewirkt an der Wahl seines Verwandten, nachdem er selbst auf die Königskrone, die ihm der dänische Reichsrat angeboten hatte, verzichtet hatte. Durch diese enge verwandtschaftliche Beziehung war einer Annäherung zwischen Holstein und Schleswig auf der einen Seite und Dänemark auf der anderen Seite der Weg gebahnt. Elf Jahre später starb Adolf VIII., ohne leibliche Erben zu hinterlassen und ohne daß es ihm trotz vielfältiger Bemühungen gelungen wäre, eine allgemein anerkannte Erbfolge zu schaffen. Nach damaliger Rechtsauffassung mußte nun

Schleswig als erledigtes Lehen an den dänischen König zurückfallen und von diesem neu vergeben werden. Bei Holstein bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Grafenwürde an den Lehnsherrn, den deutschen Kaiser, zurückfielen, oder ob eine Nebenlinie der Schauenburger, die noch in dem alten Stammgebiet an der Weser herrschte, das Erbe antreten könne. Demgegenüber war sich die holsteinische und schleswigsche Ritterschaft in dem Wunsche einig, nur einen gemeinsamen Herren über sich anzuerkennen. Der Adel hatte das Prinzip der Unteilbarkeit schon früher mit Nachdruck vertreten, so bei der Regelung einer Erbstreitigkeit im Jahre 1397. Damals hieß es in einer Urkunde: „... ok schal in dessen vorbenomeden landen to Holsten to Stornieren unde in dem hertichrike de manschup unghedelet unde unghetweyghet bliven“⁵, die Mannschaft, d. h. die Ritterschaft, soll ungeteilt bleiben. Die gleiche Auffassung vertrat die Ritterschaft auch in den Verhandlungen des Jahres 1460.

Es würde zu weit führen, den Gang der Ereignisse dieses Jahres in allen Einzelheiten nachzuzeichnen. Wir heben nur die wichtigsten Merkmale heraus. Vorweg das Ergebnis: Am 5. März 1460 wählten die schleswig-holsteinischen Räte, die Vertretungskörperschaft der Stände beider Länder, Christian I. von Dänemark zum Grafen von Holstein und zum Herzog von Schleswig. Dieser Wahlakt, der von dem neugewählten Fürsten beantwortet wurde mit der Verleihung von Privilegien an die schleswig-holsteinischen Stände, fand in der Bischofsstadt Ripen statt und ist unter dem Namen Ripener Vertrag bekannt geworden, obwohl es sich nicht um einen Vertrag im strengen Sinne des Wortes handelte. Wenige Wochen später, am 4. April 1460, wurde der Ripener Vertrag durch die Erweiterung einer Reihe von Privilegien in der sogenannten Kieler „Tapferen Verbesserung“ durch Christian I. ergänzt.

Die Bedeutung des gesamten Vertragswerkes ist folgende:

1. Schleswig und Holstein werden mit Dänemark in einer Personalunion verbunden;
2. die enge Verbindung zwischen Holstein und Schleswig, die sich im 14. Jahrhundert herausgebildet hatte, wird in einem staatsrechtlichen Vertrag bestätigt und wird die Grundlage für die Entwicklung einer Eigenstaatlichkeit der beiden Länder;
3. Dänemark erfährt einen bedeutsamen Machtzuwachs; die Hanse verliert einen ihrer zuverlässigsten Verbündeten. Damit ist die Grundlage gelegt für die Machtverschiebung im gesamten Ostseeraum.

Die Verschiedenartigkeit der betroffenen Interessen spiegelt sich in dem Urteil der Zeitgenossen der Ereignisse des Jahres 1460 wider. Ein Lübecker Chronist schrieb klagend, nun seien die Holsten Dänen geworden⁶. Aus dem Lande selbst kennen wir andere Stimmen: „Myt disser Kesunge des Königes wart alle dinck in den vrede settet. Deo gratias“ heißt es⁷ in einer zeitgenössischen Chronik. Der

Meinungsstreit um die Frage, zu wessen Gunsten denn eigentlich sich die Ereignisse von Ripen ausgewirkt hätten, ist bis heute nicht verstummt. Je nach der Fragestellung kommt man zu verschiedenen Antworten.

Vorerst werden wir zu fragen haben, wie konnte es zu dieser überraschenden Entwicklung kommen, die den Prinzipien der Schauenburger Politik der vorhergehenden Jahrhunderte so völlig widersprach?

Einige Punkte sind schon genannt worden: Die Person Christians, den Adolf VIII. ursprünglich zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, bevor dieser die Erbfolge in Dänemark antrat, erleichterte die Wahl. Hinzu kam, daß die Interessen der holsteinischen und schleswigschen Ritterschaft durchaus auch unter der Herrschaft des dänischen Königs gewahrt bleiben konnten. Es galt nur, die nötigen Sicherheiten in das Vertragswerk einzufügen. Erster und entscheidender Antrieb für die Wahl Christians aber war und blieb die Forderung nach Wahrung der Einheit von Schleswig und Holstein. Diese war ohne Kampf nur unter der Regierung Christian I. zu erreichen. Man wird sagen dürfen, daß seine Wahl eine Entscheidung für das kleinste Übel darstellte.

Revolutionär zu diesem Zeitpunkt war, daß Rat und Ritterschaft selbständig handelten. „... der Anspruch, den künftigen Herrscher zu wählen, widersprach jeder Überlieferung und jedem historischen Recht. Ein Recht, den Fürsten zu wählen, kannte man weder im Herzogtum noch in der Grafschaft. Hier gab es nur ein Vorbild, das die politischen Führungsschichten des Landes leitete: das Vorbild des Nordens.“⁸ Bei der Wahl der dänischen Könige hatten sich Adel und Reichsrat Dänemarks verschiedentlich das Versprechen erzwungen, die Freiheiten und Privilegien zu achten und nach geltendem Recht und Gesetz zu regieren, so in den Jahren 1326 und 1376.

Ein Blick noch auf die „Sicherheiten“ in der Form von Privilegien, die die Städte im Ripener Vertrag und in der „Tapferen Verbesserung“ zugesichert bekamen. Christian I. versichert ausdrücklich, daß er nicht in seiner Eigenschaft als König von Dänemark zum Herrn über Schleswig und Holstein gewählt ist, sondern aus Gunst zu seiner eigenen Person. „... dat wy to densulven landen gekoren sind to enerne heren ... nicht also eyn koningh to Dennemarken, men umme gunst, de de inwonere desser lande to unser personen hebben.“⁹ Diese Formulierung war nicht ohne Bedeutung. Die staatsrechtliche Verbindung zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein konnte bei dem Nachfolger Christians wieder gelöst werden. In jedem Fall blieb die Drohung einer solchen Trennung ein Machtmittel in den Händen der Ritterschaft.

Weitere Bestimmungen des Vertrages sind: das Versprechen, nicht ohne Zustimmung und Willen der Räte des Landes einen Krieg zu beginnen; die Zusicherung, die Rechtsprechung beider Lande nicht anzutasten, niemanden zum Kriegsdienst außerhalb des Landes zu zwingen und nur Einwohner des Landes in

Staatsdiensten zu beschäftigen. Hinzu kamen eingehende Bestimmungen über die Regelung der Steuerbewilligungsrechte. Das Verhältnis der beiden Landschaften zueinander wird mit der berühmt gewordenen Formel Umrissen:

„Dat se bliven ewich tosamende ungedelt.“¹⁰

„Alle diese Zusicherungen eigener Verwaltung und Rechtsprechung sowie des ewigen Zusammenbleibens sind ein Beweis dafür, daß die Selbständigkeit und der deutsche Charakter Schleswigs und Holsteins bereits stark ausgeprägt war.“ Ein historischer Rückblick zeigt, daß 1460 mit dem Vertrag von Ripen eine Verbindung geknüpft worden ist, die für vierhundert Jahre Bestand gehabt hat und so weitgehend die Schicksale Schleswig-Holsteins bestimmt hat.

(Fortsetzung Grenzfriedensheft 3/1977, September)

¹ Diese Vielgestaltigkeit und ihre Bedeutung für die Geschichte Schleswig-Holsteins wird besonders betont bei A. Scharff: Schleswig-Holstein in der europäischen und nordischen Geschichte, passim. ² O. Scheel, S. 16. ³ O. Brandt: Geschichte Schleswig-Holsteins, S. 97. ⁴ O. Brandt, S. 85, 86. ⁵ Dat se blieven ... a. a. O., S. 50. ⁶ O. Scheel, S. 17S. 17. ⁷ O. Scheel, S. 19. ⁸ Dat se bliven ..., S. 51. ⁹ Dat se bliven ..., S. 27. ¹⁰ Dat se bliven ..., S. 30.

Zum 80. Geburtstag von Bruno Diekmann

Klaus Matthiesen, der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, hat in der Mitgliederzeitschrift „Wir“ der SPD das Wirken Bruno Diekmanns wie folgt gewürdigt:

„Der persönliche und politische Lebensweg des Sozialdemokraten Bruno Diekmann war hart. In seinem Geburtsjahr 1897 waren die Sozialdemokraten noch politisches Freiwild für kaiserliche Justiz und Polizei. Ihre Versammlungen wurden aufgelöst, die Redakteure ihrer Parteizeitungen ins Gefängnis gesteckt, und die Frauen hatten nicht das Recht, politische Veranstaltungen zu besuchen. Für den Kaiser Wilhelm II. waren Sozialdemokraten „eine Rotte von Menschen, die nicht wert waren, sich Deutsche zu nennen“.

In jenen Zeiten um die Jahrhundertwende gehörte Mut dazu, gegen den Zeitgeist anzuschwimmen, und auch 1919 noch, als Bruno Diekmann Mitglied der SPD wurde, war das öffentliche Bekenntnis zur Arbeiterbewegung kein Sprungbrett für eine persönliche Karriere. Im Gegenteil. 1933 verlor Bruno Diekmann Arbeit und Einkommen wegen seiner Überzeugung, 1944 steckten ihn die Nazis in das Konzentrationslager Neuengamme. Diese beiden Daten, verbunden mit der Tatsache, daß er nie bereit war, seine Überzeugung zu opfern, seinen Ideen abzuschwören, sagen über die moralische und politische Integrität Bruno Diekmanns mehr aus, als dies Parteitagereden oder Parteitageprotokolle und auch Geburtstagsreden je vermögen.

In Zeiten großer sozialer Not trat er dann in den Nachkriegsjahren das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein an mit einer Regierungserklärung, deren Schwerpunktforderungen Probleme angingen, die uns heute, wenn auch in ganz anderer Dimension, wieder beschäftigen: der Jugendarbeitslosigkeit und der Beschaffung von Arbeitsplätzen.

Bruno Diekmann wußte nicht nur als Parteimann, auch als aktiver Gewerkschafter, daß zur Verwirklichung von individueller Freiheit gleichzeitig die Freiheit von sozialer Not geschaffen werden mußte, daß materielle und soziale Sicherheit Voraussetzungen für Freiheit und Gerechtigkeit waren und sind. Für diese Ziele hat Bruno Diekmann gearbeitet.“

Bruno Diekmann war auch den Bestrebungen des Grenzfriedensbundes eng verbunden und in der Nachfolge Detlef Hansens auch in schwieriger Situation 1951–1952 sein Erster Vorsitzender. Dem nun Achtzigjährigen mögen noch manche geruhige Jahre nach einem turbulenten Leben vergönnt sein.

Zum 25. Todestag von Prof. Dr. Peter Petersen

Das „Flensburger Tageblatt“ schrieb zu dem 25. Todestage von Prof. P. Petersen: „Vor nunmehr 25 Jahren starb der Pädagoge Professor Dr. phil. Peter Petersen, der von einem seit 1666 in Großenwiehe ansässigen Bauerngeschlecht abstammte.

Entscheidend und wegweisend für Petersen wurden die ersten fünf Schuljahre in der einklassigen Schule zu Großenwiehe bei dem tüchtigen Köster und Lehrer Nissen und seinem Sohne. Nachdem Petersen 1904 auf dem Alten Gymnasium das Abitur bestanden hatte, studierte er in Leipzig, Kiel, Kopenhagen und Posen Geschichte, Philosophie, Theologie und Englisch, promovierte 1909 mit Auszeichnung und begann im gleichen Jahr seine Lehrtätigkeit am Hamburger Johanneum. Über zehn Jahre bat er sich hier schon mit Reformplänen befaßt und war in dieser Zeit Sekretär des Hundes für Schulreform. Als Leiter der Lichtwarkschule in Hamburg-Winterhude verwirklichte er von 1920-1923 das später als Vorbild dienende Modell der Deutschen Oberschule, in die er schon Grundgedanken des später aufkommenden Jena-Plans einfließen ließ.

1923 wurde Petersen Nachfolger des Prof. und Rektors Rein an der Universität Jena und erarbeitete hier unter sehr günstigen Bedingungen seinen in der ganzen Welt bekannten Jena-Plan. Fast 30 Jahre lang durfte Petersen fast uneingeschränkt wirken, erproben, verbessern, lehren und schließlich große Erfolge erzielen. Leider mußte er sich nach 1945 mehr und mehr dem DDR-Regime beugen und erleben, daß man 1950 seine Universitätsschulen schloß, die jahrzehntelang dem Jena-Plan mit zum Erfolg verholfen hatten. Aus Gesprächen mit seinem noch lebenden Bruder Wilhelm Petersen, Großenwiehe, erkennt man, daß Petersen unter politischem Druck stand und damals versuchte, nach 1945 das Ansehen der Universität Jena in seinem Sinne zu erhalten, bis der Tod 1952 ihn dieses Amtes enthob.

Unvollständig bliebe das Bild dieses großen Sohnes Großenwiehes, wenn nicht auch der heimatverbundene Kämpfer vorgestellt würde. Seine große Zeit war das erste Vierteljahr 1920, als die Vorbereitungen zum Abstimmungskampf im Raume Schleswig begannen. Pastor Muuß schloß 1952 am Grabe Petersens seine Abschiedsworte: „Petersen bedeutet ein Stück Geschichte dieses umstrittenen Grenzlandes. Er hat durch seine persönliche Arbeit zusammen mit uns anderen Geschichte gemacht, eine Leistung, die ebenso schwer wiegt wie seine Leistung in der pädagogischen Wissenschaft.“

Prof. Peter Petersen arbeitete während der Abstimmungszeit 1920 eng mit Friedrich Bauer, dem Vertreter der Arbeiterschaft im Abstimmungsgremium, zusammen und gehörte zu den Mitgründern des „Grenzbundes“, dessen Geschichte trotz Friedrich Bauers Aufsatz „Ein vergessenes Kapitel“ in den „Grenzfriedensheften“ bis heute noch nicht geschrieben ist.

*

Das Kontaktgremium

des Schleswig-Holsteinischen Landtages für Fragen der deutschen Volksgruppe
das seit 1975 besteht und Mitte April zu seiner vierten Sitzung in Apenrade zusammentrat, hat bisher bereits „interessante Ergebnisse“ zu verzeichnen gehabt, wie der Ausschuß-Vorsitzende, Landtags-Präsident Dr. Helmut Lemke, und der BdN-Hauptvorsitzende Gerhard Schmidt übereinstimmend feststellten. Zwar hat das Kontaktgremium keine parlamentarischen Befugnisse oder Rechte, aber dennoch hat es sich in den bisherigen zwei Jahren als geeignetes Forum erwiesen, das für die Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages und für die Bundestagsabgeordneten eine „hervorragende Informationsstelle“ ist und für die Mitglieder der deutschen Minderheit die Chance eröffnet, über den guten täglichen Kontakt auf Beamtenebene hinaus auch enge politische Beziehungen zu knüpfen, die eben bereits in mehreren ungelösten Fragen schon einen Durchbruch ermöglicht haben. Daß das Kontaktgremium aus der Sicht beider Seiten von „besonderem Wert“ ist, wie es Gerhard Schmidt unterstrich, liegt zweifelsohne auch an der Tatsache, daß die Fragen der deutschen Volksgruppe nicht zu einem Zankapfel der bundesdeutschen Innenpolitik geworden sind, wie es vorübergehend zu befürchten war. Im Kontaktausschuß gibt es zwischen CDU, SPD und FDP – wie Dr. Lemke erfreut hervorheben konnte – einen „absoluten Konsens“ darüber, die deutsche Volksgruppe auch in Zukunft im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu fördern. Hier hat das Kontaktgremium einen positiven Weg eingeschlagen, der jener dänischen Tradition entspricht, wenigstens in Fragen der Minderheit die Parteipolitik auszuklammern.

„Der Nordschleswiger“

*

In „Euregio“ denkt man anders als an der Nordgrenze

Aus dem Bericht der „Grafenschafter Nachrichten“ über den Besuch der „Euregio“-Kommission im deutsch-dänischen Grenzland

„Als lehrreich und nutzbringend bezeichneten Mitglieder einer deutsch-niederländischen Kommission der Euregio einen dreitägigen Studienaufenthalt im deutsch-dänischen Grenzgebiet.

Sie erwiderten in der letzten Mai-Woche einen Besuch dänischer Politiker und Verwaltungsbeamter in der Euregio und hielten zwischen Åbenrå und Flensburg nach möglicherweise vorhandenen grenzüberschreitenden Kontakten Ausschau. Längst nicht alles in Nord- und Südschleswig fand den Beifall der Euregio-

Kommission, die es gewohnt ist, ausschließlich zukunftsweisende Arbeit zu leisten, und deshalb einige Male erstaunt war, Vergangenheitsdenken im 1920 nach einer Volksabstimmung geteilten Land anzutreffen. Die zahlreichen Gespräche mit Partnern aus dem dänischen und deutschen Grenzgebiet ließen deutlich werden, daß man an der Nordgrenze anders denkt (und handelt) als im Gebiet der „Euregio“. Die selbstverständliche Integration der in der Bundesrepublik lebenden Niederländer in die deutsche Gemeinschaft steht – wie die Deutschen und Holländer nördlich und südlich der Grenze zu Dänemark erfahren haben – in krassem Gegensatz zu dem nach wie vor vorhandenen und vor allem auch gepflegten Minderheitenproblem.“

Dazu schrieb „Der Nordschleswiger“:

Der nordschleswigsche Amtsrat weilte vor längerer Zeit im deutsch-niederländischen Grenzgebiet und sammelte dort *positive* Eindrücke im sogenannten Euregio-Gebiet, wo Deutsche und Niederländer ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit institutionalisiert haben.

Dagegen fuhren die Euregio Besucher, die kürzlich Gäste im deutsch-dänischen Grenzland waren, wo ja die pragmatische Zusammenarbeit im Vordergrund steht, offenbar mit *negativen* Eindrücken nach Hause. Den Berichten der dort erscheinenden Presse – s. oben – ist nicht nur zu entnehmen, daß man an der Nordgrenze anders denkt als in der Euregio, sondern daß man das deutsch-dänische Grenzgebiet im europäischen Sinne für ziemlich hinterwäldlerisch hält. „Chauvinistisch erschienen Deutschen und Niederländern die Ansichten des Leiters des Deutschen Gymnasiums, dessen pädagogisches Ziel nach Ansicht eines Euregio-Gastes die Erziehung eines Deutschen zum „Oberdeutschen“ sei“, schrieben die „Grafschafter Nachrichten“ und die „Borkener Zeitung“ bemerkte dazu: „Feststellungen des Leiters des Deutschen Gymnasium in Dänemark: Jugendliche sehen an dieser Schule den Wert ein, einer Volksgruppe anzugehören und dies für die eigene Entwicklung einzusetzen, lösten bei den Mitgliedern der Euregio Arbeitsgruppe nicht nur Verwirrung, sondern besonders auf niederländischer Seite sogar Bestürzung aus.“ Kritik erntete jedoch – glücklicherweise möchte man fast sagen auch der dänische Direktor des Instituts für Grenzregionsforschung, Professor Troels Fink, „der sich ganz anders als z.B. das Bocholter Europa-Institut überwiegend um die Vergangenheit zu kümmern scheint“, wie die „Borkener Zeitung“ mit Befremden registriert hat.

„Die Politik der Landesregierung war und ist auch in dieser Legislaturperiode darauf ausgerichtet, der besonderen Aufgabenstellung unseres Landes als Verbindungsglied nach Skandinavien gerecht zu werden.

Die deutsch-dänische Grenzregion gehört zu den wenigen Gebieten in Europa, in denen die sich aus dem Zusammenleben von Minderheit und Mehrheit ergebenden Fragen vorbildlich gelöst sind. Wir sind weiterhin bemüht, einzelne praktische Probleme im Geiste der Partnerschaft zu lösen. Das kommt in der Förderung der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig und der deutschen Minderheit in Dänemark mit steigenden Mitteln zum Ausdruck. Zu einer wesentlichen Aufgabe der nächsten Zeit wird es gehören, die Finanzierung der deutschen Grenzlandarbeit im Landesteil Schleswig zu sichern. Dabei müssen wir mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß sich der Bund aus diesem nach wie vor aktuellen Aufgabenbereich völlig zurückziehen will. Ich appelliere auch an dieser Stelle an die Bundesregierung, die gesamtstaatliche Verantwortung für den Grenzbereich anzuerkennen und auch in der Zukunft die besonderen Aufgaben, die sich hier stellen, gemeinsam mit dem Lande zu tragen. Gerade angesichts der erwähnten Schwierigkeiten verdient die im Grenzland geleistete Arbeit der Verbände und der beiden Minderheiten anerkennend hervorgehoben zu werden.“

Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag